

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Kummer mit Austr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislise für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltenen Zeilen über deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Es hilft ja doch nichts!

Über ähnlich hören wir täglich sonst ganz brave und tüchtige Arbeiter ausrufen, wenn man sie auffordert, ihre kameradschaftliche Pflicht und Schuldigkeit zu thun, indem sie in eine Gewerkschaft oder in einen Fachverein als Mitglieder eintreten und wirken.

Weshalb hilft es denn nichts?
Die Gewerkschaften und Fachvereine bestehen schon mehrere Jahre und haben ja bis jetzt gar so Beringes zu Wege gebracht — diese Antwort erhält man meistens auf die Frage.

Natürlich haben die Arbeitervereinigungen für alle Dingen nichts zu Wege gebracht, welche da meinen, daß sie für die paar Groschen Beiträge nunmehr die gebrauchten Lauben in's Maul fliegen müßten; aber alle diejenigen, welche selbst in treuer Arbeit zu den Gewerkschaften und Fachvereinigungen, zu den Unterstützungsvereinen und überhaupt zu den Arbeitervereinigungen gestanden haben, sie wissen, daß es „hilft“, sie wissen, daß die Arbeiter vorwärts kommen können, sie wissen, daß das kameradschaftliche Zusammenwirken, nach gethener Lohnarbeit, an sich schon viel wahrhafte Erholung bietet und den Arbeiter stärkt und erfrischt, ihn tröstet über die immer mehr auf ihn zudringende Unbill des Lebens.

Und wenn auch die Gewerkschaften und Fachvereine, und wenn auch die politische Arbeiterpartei selbst momentane wirtschaftliche Vortheile für die Arbeiter im großen Maßstabe nicht erringen können, so wird doch eine Grundlage in der heutigen Zeit gelegt, auf welcher nach und nach ein stattliches, wohlthätiges Gebäude für den Arbeiterstand aufgebaut werden kann.

Und dabei sagt man: „Es hilft doch nichts!“
Das ist in der That nur eine Phrase, eine Entschuldigung für die Faulen, für die Gleichgültigen, hinter der sie ihr Phlegma, ihre Bequemlichkeit am besten verstecken können.

Aber auch thatsächlich ist viel zu Stande gebracht worden! Nehme man doch die deutsche Arbeiterwelt vor 20 Jahren und sehe sie sich jetzt an.

Damals verharren fast alle deutschen Arbeiter noch in wirtschaftlicher Unwissenheit und in kaum zu bestemmendem Muth; damals waren Schnaps, Bier und Kartenspiel die einzigen Vergnügen auf der Herberge und in den Wirtshauskneipen, es sei denn, daß die übliche Arbeit auch noch zu den notwendigen Unterhaltungen geachtet wurde.

Jetzt aber fesseln in den Arbeitervereinigungen ge-

bildebte Gespräche über politische und ökonomische Fragen, welche zur Erkenntniß der eigenen Lage der Arbeiter führen, die Aufmerksamkeit der Mitglieder und Besucher fast ausschließlich. Und da „hilft es doch nichts“?

Alle Arbeiter natürlich, welche glauben, daß ihre eigene Mithilfe an der Erlösung der Arbeiterklasse von schwerem Drucke nicht nöthig sei, sie sind auch dieser Erlösung selbst nicht werth. Aber ihre Familien, ihre Nachkommen wollen doch zum Mindesten theilhaftig sein an den Segnungen der künftigen Zeit. Daran schon sollten die Gleichgültigen denken und sich zur Pflicht veranlaßt fühlen, wenn sie ihrer selbst wegen auch nicht die Finger rühren mögen.

Man mag die Sache also ansehen, wie man will, es sollte bei jedem Arbeiter sich dieses Pflichtgefühl rühren, jeder Arbeiter sollte von Klassenkenntniß befeelt sein, um mit seinen Kameraden gemeinsam einzutreten für die Besserung der Arbeiterverhältnisse.

Und geht die Besserung auch nicht so rasch von statten, will sich auch der schöne Bau nicht so rasch gestalten, da eben Stein zum Steine getragen und aufeinandergefügt werden muß, so sollte doch schließlich jeder Arbeiter stolz sein, daß er mitgewirkt hat.

Dieser Gedanke möge die Trägen, die Gleichgültigen anspornen, sich aufzuraffen, sich an die Kameraden anzuschließen und den Fach- und Unterstützungsvereinen beizutreten.

Daß dabei für den Einzelnen es nicht ausgeschlossen sein darf, auch in dem größeren Rahmen einer politisch-sozialen Arbeiterpartei mitzuwirken, haben wir schon kürzlich an dieser Stelle betont, denn die Interessen, die wirtschaftlichen sowohl als die politischen, können schließlich nur energisch vertreten werden durch die Gemeinsamkeit, durch gemeinsame Ziele und durch das Zusammen-schließen aller Arbeiter-Elemente im deutschen Vaterlande.

Dann wird es bald keinen Arbeiter mehr geben, der noch den traurigen Muth hat, zu sagen:

„Es hilft ja doch nichts!“

Politische Uebersicht.

Gegen die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags spricht sich auch die „Germania“ in entschiedener Weise aus. Das Blatt schreibt: „In der letzten Nummer haben wir bereits nachgewiesen, daß der Antrag: Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre, Jahr auf Jahr unannehmbare geworden ist, weil Jahr auf Jahr uns immer deutlicher durch das Verhalten des einzig leitenden Mannes in Deutschland und Preußen zum Bewußtsein kommen mußte, daß es sich um eine systematische Zurückdrängung der

seiner Angehörigen über diese Bestimmungen denken. Und Rabe hat sicherlich Kenntniß davon gehabt, also wird er auch dem Testament nachgeforscht haben.“

„Hätte er es gefunden, so würde er es vernichtet haben,“ warf Siegfried ein.

„Davon mag die Generalin ihn zurückgehalten haben.“

„Du glaubst, die Generalin habe früher schon von der Existenz dieses Dokuments Kenntniß gehabt?“

„Wäre das etwa unmöglich?“

„Soweit ich die Generalin kenne, halte ich es in der That für unmöglich. Ich bin fest überzeugt, daß sie das Testament erst gestern gefunden hat.“

„Man kann darüber anderer Ansicht sein.“

„Ich nicht, Papa.“

„Daß, Deine Menschenkenntniß reicht nicht weit. Die Generalin wünscht gerade jetzt aus besonderen Gründen die Ausföhrung, durch das Testament hofft sie dieselbe anzubahnen.“

„Du denkst nicht an das Opfer, welches dieses Dokument ihr auferlegt. Sie wird durch dasselbe genöthigt, ihr halbes Vermögen Dir abzutreten.“

„Und die beiden Hälften werden gleich darauf durch die projektirte Verbindung wieder vereinigt,“ sagte der Oberst mit schneidendem Spott. „Ich hoffe und glaube auch nicht, daß Du die Hände dabei im Spiel hast, das wäre Deiner unwürdig.“

„Kann ich mehr thun, als Dir die Versicherung geben, daß ich von dem Zwecke, der die Generalin hierher führte, keine Ahnung hatte?“ fiel Siegfried ihm vorwurfsvoll ins Wort.

„Hätte sie mir Vertrauen geschenkt, so würde ich ihr abgerathen und zuvor Dich vorbereitet haben, die heftige Szene wäre dadurch vermieden worden. Mag man über die Sachlage nun auch urtheilen, wie man will, in diesem Wortstreit konnte ich Dir nicht Recht geben. Und weshalb sollen die Bestimmungen dieses Testaments nicht erfüllt werden? Ich finde, daß der Entschluß des Generals, Dir das Stammgut zu übertragen, von einer echt brüderlichen Gesinnung zeugt, und —“

„Darüber zu entscheiden, steht mir allein zu,“ erwiderte

Volks- und Parlamentsrechte, um fortdauernde Steigerungen der Steuern handelte u. s. w. Gegenüber solchem Streben aber der Regierung noch eine Verstärkung ihrer Macht in die Hand zu geben, wie es in dem Antrage der Konserativen geschieht, da nach demselben die Regierung jeden ihr zusagenden Reichstag volle fünf Jahre benutzen, jeden ihr nicht passenden aber gerade an einem ihr geeignet erscheinenden Momente nach Hause schicken kann, dem Volke aber die Gelegenheit, auch seine Meinung zur Geltung zu bringen, nur noch alle fünf Jahre, statt bisher alle drei zu eröffnen — eine solche Wirkung des konserativen Antrags zu unterstützen, können wir auf keine Weise für angebracht halten.

Unter dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf zum Arbeiterschutzgesetz fehlt die Unterschrift des Abg. Heine. Dies ist verschiedenen Blättern aufgefallen. Wir sind in der Lage, mittheilen zu können, daß der genannte Abgeordnete sich wegen Brechvergehens im Gefängniß zu Halberstadt befindet, aus welchem er erst am 18. Dezember entlassen wird.

Bezüglich der in Aussicht gestellten Branntweinsteuerreform beillt die „Arensztg.“ sich, zu erklären, es scheie für sie außer Zweifel, daß die Besteuerung des Konsums in erster Linie in Betracht gezogen werden müsse, um so mehr, als die Vertheiligung der immer lauter ertönenden Klagen über die physisch und moralisch verheerende Zunahme der Trunksucht nicht länger hinausgeschoben werden dürfe. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß auch die Regierung an eine ernsthafte Besteuerung der Branntwein-fabrikation zur Zeit nicht denkt. — Das fromme Blatt fällt sich natürlich erst recht nicht veranlaßt, für eine Besteuerung des Branntweins an der Quelle einzutreten. Die Schnapsbrenner sind die reinen Lämmer gegen die Konsumenten und Schnapsverkäufer, und deshalb darf zwar heidenmäßig viel „Soff“ gebrannt, aber — sonderbare Logik — wenig getrunken werden.

Das alte Lied von der nothleidenden Landwirthschaft wird in einer neuen Melodie von der „Pommerschen ökonomischen Gesellschaft“ wieder gesungen. Das Direktorium dieser Gesellschaft will dem Reichskanzler, dem Bundesrath und dem Reichstag eine Denkschrift überreichen, welche die Frage berührt: „Welche weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen erheischt der fortschreitende Niedergang der deutschen Landwirthschaft?“ Die Mittel, welche vorgeschlagen werden, sind u. A.: die Doppelwährung, die „zeitweise“ Erhöhung der landwirthschaftlichen Schutzölle, Einführung eines Einfuhrzolles auf Wolle unter Exportvergütung für die Ausfuhr von Geweben, Heraufsetzung der Exportvergütung für Spiritus non 16 auf 20 Mk. für die nächsten drei Jahre ohne Erhöhung der Steuer, dagegen Einführung einer hohen Konsumsteuer auf Verkauf des Trinkbranntweins durch den Staat als Alleinrecht, hohe Besteuerung des Handels mit ausländischen Papieren an der Börse und aller börsenmäßigen Differenzgeschäfte, Erleichterung der Kolonisation und Begründung eines unverschuldbaren Klein-Grundbesitzes, Verstaatlichung oder provinzielle Kommunalisirung der Feuer- und Hagelversicherung. Man sieht, von welcher rührenden Bescheidenheit die Herren sind! In Pommern, woher diese neuen dreifachen Forderungen der Subventionirung der Grundbesitzer auf Kosten der übrigen

der Oberst auffahrend, während er seine Handschuhe anzog, ich handle stets nach meinen eigenen Grundsätzen.“

„Und Du willst bei Deinem Entschluß beharren?“

„Warten wir ab, bis die Generalin mir wirklich das Gut zur Verfügung stellt.“

„Das wird in den nächsten Tagen geschehen.“

„Dann ist es immer noch Zeit, darüber zu berathen. Ich will auch zuvor noch mit Lossow darüber reden, er gab mir stets einen guten Rath, wenn ich eines solchen bedurfte.“

Damit ging der alte Herr hinaus, kopfschüttelnd blühte Siegfried ihm nach, er konnte diesen hartnäckigen trotzigigen Eigensinn nicht begreifen und noch weniger billigen.

Das war nicht mehr das zähe Festhalten an schroffen Vorurtheilen, es war ein tief eingewurzelter Haß, der durch nichts gerechtfertigt oder entschuldigt werden konnte.

Siegfried konnte freilich keine Ahnung davon haben, daß die imponirende Schönheit der Generalin, ihr ruhiges, würdevolles Auftreten, ihre aristokratische Haltung, und vor Allem ihre muthige und energische Vertheidigung des Gatten einen tiefen und nachhaltigen Eindruck auf den Oberst gemacht hatten, und daß der alte Herr gegen diesen Eindruck seinen ganzen trotzigigen Stolz aufbot, weil er von ihm sich nicht beeinflussen lassen wollte.

Ein Kammerdiener.

Die Generalin hatte kaum das Gut verlassen, als Herr von Barnefow hoch zu Ross auf demselben eintraf.

Joseph führte den fremden Herrn in dem Empfangsalon, und einige Minuten später stand Rabe dem Freunde gegenüber.

„Sie kommen leider zu einer sehr ungelegenen Stunde,“ sagte er einigermaßen verlegen, „die Frau Generalin ist soeben zur Stadt gefahren, und meine Rechte wird heute keinen Besuch annehmen.“

„Das ist wirklich seltsam,“ erwiderte Herr von Barnefow spöttisch, während er, ohne eine Einladung abzuwarten, sich in einem Sessel niederließ. „Sie laden mich ein, in

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von
Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Fürchtest Du, daß Rabe eines Verbrechens beschuldigt werden könnte?“

„Nein,“ erwiderte Siegfried rasch. „Und wenn dieser Fall einträte, dann würde ich das der Generalin wegen betonen. Man würde mir alsdann den Vorwurf machen, daß ich aus persönlicher Abneigung gegen Rabe Alles herbeigezogen habe, um auf ihn die Schuld zuwälzen.“

„Sag's gerade heraus, Du fürchtest, Deine Koufine werde Dir diesen Vorwurf machen.“

„Sie gewiß nicht, sie theilt meine Abneigung gegen Rabe nicht.“

„Sie theilt diese Abneigung?“ fragte der Oberst.

„Dann fließt das Blut ihres Vaters in ihren Adern. Aber diese Behauptung paßt auch wieder nicht, der General war ein spezieller Freund der Rabe's. Daß die Generalin mit ihrer blendenden, imponirenden Erscheinung ihn gefesselt hat, das ist mir allerdings begreiflich, sie konnte heute noch diesen Zauber ausüben, wenn sie es wollte. Und wie ich mich stets vor dem Talent gebeugt habe, so beuge ich mich auch vor der Schönheit; aber unbegreiflich ist es mir, daß der General dem Bruder seiner Frau Vertrauen und seine volle Gunst schenken konnte.“

„Und was das Testament betrifft, Siegfried, so habe ich darüber auch meine besonderen Gedanken. Ich bin kein Kind, und ich habe in meinem Leben auch manche Erfahrung gemacht, und ich weiß es nicht, wenn man mir ein Märchen aufsticht mit der Zusicherung, an dasselbe zu glauben. Nach dem Tode meines Vaters hat Rabe jedenfalls Alles durchsucht, denn wer ein solches Testament hinterlassen will, der spricht auch zu seinen Lebzeiten davon, wenigstens läßt er mitunter eine gewisse bezügliche Aeußerung fallen, um zu erforschen, wie

Bevölkerung kommen, dominirt der Großgrundbesitz bekanntlich am stärksten in ganz Deutschland; ein Bauernstand, den man dort als spanische Wand für die eigene Begehrtheit vorziehen kann, ist überhaupt nicht oder doch nur spärlich vorhanden.

Die Dauer der Legislaturperioden ist in den verschiedenen Staaten sehr verschieden. Kürzere, als dreijährige Perioden, giebt es nur in den Vereinigten Staaten, wo die Vertreter zum Repräsentantenhaus auf zwei Jahre, die Mitglieder zu den Vertretungen der Einzelstaaten verschieden auf zwei oder auch nur auf ein Jahr gewählt werden. Dreijährige Wahlperioden haben Deutschland, Dänemark, Ungarn, Norwegen, Serbien, Schweden, die Schweiz und von deutschen Einzelstaaten Preußen, Oldenburg und Weimar. Auf vier Jahre wählt seine Vertreter: Belgien, wo jedoch alle zwei Jahre die Hälfte neu gewählt wird, Frankreich, Griechenland, Holland, wo wie in Belgien alle zwei Jahre die Hälfte auswechselt, Portugal, Rumänien, Sachsen-Roburg. Auf fünf Jahre: Spanien, Italien und Kanada. Auf sechs Jahre: Luxemburg, wo alle drei Jahre die Hälfte auswechselt, Desterreich und eine Reihe kleinerer deutscher Staaten, so: Baiern, Bremen, Braunschweig, Hamburg, Hessen, Lübeck, Württemberg. England hat siebenjährige Legislaturperioden. Baden überträgt das Mandat auf acht Jahre, doch wird alle zwei Jahre ein Viertel der Volkvertretung neu gewählt. Sachsen endlich hat neunjährige Wahlperioden, doch wird alle drei Jahre ein Drittel der Kammer neu gewählt.

Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit hat kürzlich privatim eine statistische Erhebung über die in 77 größeren Städten unterhaltenen Armenanstalten vorgenommen. Die Hauptresultate dieser neuen Armenstatistik werden dem Bremer Armenpfleger-Kongress unterbreitet, eine genauere Bearbeitung soll demnächst publizirt werden. Der „Vollst.“ bringt folgende Angaben über die relative Dichtigkeit der Armen im Vergleich zur Bevölkerungszahl in den einzelnen Städten.

Gesählt sind hierbei sämtliche in offener und geschlossener Pflege (Armenanstalten) Unterstüzten, einschließend der Angehörigen. Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse in Bosen, wo auf 10 000 Einwohner 1070 Arme kommen, dann folgen Wismar mit 860, Königsberg in Pr. mit 836, Quecksilber mit 811, Eiberfeld mit 772, Gertrudswald 762, Bremen 755, Barmen 729, Bielefeld 725, Essen 723, Tilsit 716, Frankfurt am Main 699, Hagen i. W. 684, Glogau 682, Lübeck 681, Hildesheim 679, Hanau 678, Halle 669, Dessau 669, Röhren 668, Elbing 659, Lüneburg 643, Neumied 641, Erfurt 631, Mülheim a. Rh. 615, Rostock 607, Kiel 598, Gleiwitz 599, Weisung 593, Dortmund 584, Duisburg 569, Dresden 558, Rassel 556, Guben 546, Brandenburg a. S. 534, Neumünster 531, Magdeburg 517, Bernburg 515, Stuttgart 513, Stralsund 494, Eilenburg 485, Gotha 480, Briell in Meckl. 474, Ruhrtort 468, Schnebeck 465, Herde 446, Ditteldorf 442, Reiningen 438, Raumburg a. S. 409, Bremerhaven 406, Burscheid 399, Anklam 393, Stegen 388, Stendal 386, Weimar 383, Landsberg a. B. 381, Arzfeld 379, Solingen 361, Jorkau 351, Reichenbach i. W. 334, Jena 330, Lützenwalde 312, Trier 310, Koburg 294, Mülheim a. Ruhr 293, Weisefels 261, Meerane 254, Ludwigsburg 241, Oldenburg 225, Darmstadt 218, Sagan 190 und Schweidnitz 164 Arme auf 10 000 Einwohner. In 4 Städten sind nur die in offener Pflege Unterstüzten gezählt; es sind dies Straßburg i. Els. mit 1019, Berlin mit 612, Potsdam mit 439 und Halberstadt mit 262 auf 10 000 Einwohner. Liegen erst nähere Angaben über die Art und die Zeit der Erhebung vor, dann läßt sich prüfen, in wie weit dieselbe der allgemeinen amtlichen für dieses Jahr angeordneten Armenstatistik vorgearbeitet hat. Bedauerlich ist es, daß viele der größten Städte Deutschlands z. B. Hamburg, Breslau, München, Köln Hannover, Danzig und Nürnberg bei dieser Privaterhebung nicht berücksichtigt sind.

In dem Etat der Reichsschuld auf das Staatjahr 1886/87 sind zur Verzinsung der 4-prozentigen Reichsschuld 17 600 000 Mark ausgeworfen; die Aufwendung für diese und für die Mittel, welche zur Deckung einmaliger Ausgaben mittelst Schatzanweisungen aufgenommen werden, beträgt zusammen 18 302 500 Mark. Die verzinlichte Staatsschuld in 4-proz. Reichsanleihe wird am 1. Oktober 1886 etwa 460 Mill. Mark betragen.

An Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie anderen Einnahmen sind im Reich für die Zeit vom 1. April 1885 bis zum Schlusse des Monats Oktober 1885 einschließend der kreditirten Beträge (und verglichen mit der Einnahme in demselben Zeitraum des Vorjahres) zur Anschreibung gelangt: Zölle 136 420 009 M. (+ 11 541 634 M.), Tabaksteuer 3 925 403 M. (+ 1 165 029 M.), Rübenersteuer 110 609 943 M. (- 21 001 395 M.), Salzsteuer 21 162 940 M. (+ 223 674 M.), Branntweinsteuer 13 050 056 M. (- 1 336 489 M.), Uebergangsabgaben von Branntwein 57 344 M. (- 12 634 M.), Brausteuer 11 516 216 M. (+ 409 662 M.), Uebergangsabgaben von Bier 1 078 794 M. (+ 104 737 M.); Summe 76 600 843 M. (- 8 845 782 M.). - Spielkartenstempel 548 530 M. (+ 11 040 M.), Wechsel-

steuer 3 923 510 M. (- 51 518 M.), Stempelabgabe a) für Wertpapiere 2 159 821 M., b) Schlußnoten und Rechnungen 844 025 M., c) Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände 973 166 M., d) Loose zu Privatlotterien 329 880 M. (- 370 859 M.), Staatslotterien 3 158 404 M. (+ 13 452 M.).

Die zur Reichskasse gelangte Einnahme, abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten, beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Oktober 1885: Zölle 119 629 278 M. (+ 11 551 792 M.), Tabaksteuer 7 792 338 M. (+ 1 196 912 M.), Rübenersteuer 14 076 142 M. (- 1 668 863 M.), Salzsteuer 19 857 715 M. (125 447 M.), Branntweinsteuer und Uebergangsabgabe von Branntwein 20 823 220 M. (- 2 060 995 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 10 677 877 M. (+ 492 682 M.); Summe 192 856 570 M. (- 8 786 081 M.). - Spielkartenstempel 515 733 M. (+ 22 811 M.).

Die Reineinnahme des Deutschen Reichs aus der Rübenersteuer ist für das Staatjahr 1886/87 (die Vergütung von 233 520 M. an Oesterreich und Luxemburg aus der Berechnung gelassen) um 880 000 M. geringer veranschlagt, als im Staatjahr 1885/86. Nach der „Nat.-Ztg.“ betragen die Einnahmen aus diesem Titel innerhalb der letzten vier Staatjahre:

	Brutto-einnahme	Netto-einnahme	Dabei	Rein-einnahme
	(abzgl. 4 Proz. Ausfuhr-Ber-gütigungen)	(abzgl. 4 Proz. Ausfuhr-Ber-gütigungen)	Rein-einnahme	Rein-einnahme
	M.	M.	M.	M.
1886/87	149 500 000	143 520 000	106 000 000	37 520 000
1885/86	127 500 000	122 400 000	84 000 000	38 400 000
1884/85	166 228 777	159 577 629	123 000 000	36 577 629
1883/84	142 630 549	136 925 329	109 060 000	27 165 329
1882/83	139 643 060	134 057 340	86 000 000	28 057 340

Aus Sachsen erhält die „Vollzeitung“ folgende Mittheilung: Hier zu Lande spielt die „rothe Farbe“ eine viel größere Rolle als im übrigen Deutschland. Die Bewohner Sachsens und auch besonders die Arbeiter lieben die bunten Farben. Die Halbtücher sind meist von grellen Farben; vorzugsweise beliebt ist blau und roth. Auch beim Binden der Kränze bei festlichen Gelegenheiten müssen besonders rothe und blaue Schleifen herhalten. Und in der That, solche Schleifen machen einen freundlicheren Eindruck, als weiße oder gar schwarze Bänder. Doch auch die grüne Farbe fehlt nicht. Nun sind aber die „rothen Schleifen“ mehr noch bei den Anhängern der sogenannten „Ordnungspartei“ als bei der hochwohlwollenden Polizei gründlich verhaßt und man erklärt sie als die „Farben der Umstürzler“. Ja es kommt dabei vor, daß so ein rechter Ordnungsmann seinem Töchterchen, wenn es zum Balle geht, verbietet, eine rothe Schleife zu tragen, trotzdem die Mama behauptet, daß dem hübschen Kinde nur roth steht. Aber auf des „reichtüchernen“ Vaters Nachtgebot muß ein blaues oder grünes Band genommen werden, trotz der Tränen des Töchterchens. - Es war kürzlich in Lunzenau ein Turnfest, bei welcher Gelegenheit die Bewohner des hübsch gelegenen, freundlichen Städtchens ihre Häuser mit Zannenzweigen und allerlei grünen, bänderumwundenen Kränzen geschmückt hatten. Dabei fehlten auch natürlich die frischen, rothen Bänder nicht. Aber die armen Lunzenauer hatten ihre Rechnung ohne die bösen Nachbarn gemacht, welche zum Besuche auf dem Feste gewesen waren. Das konservative „Wochenblatt“ zu Rochitz brachte nämlich einen Artikel über das 25-jährige Stiftungsfest des lunzenauer Turnvereins und erzählte von den Kränzen mit den rothen Farben, die charakteristisch für die Befinnung eines Theils der lunzenauer Einwohner seien. Der lunzenauer Turnverein brachte nun die Erklärung, daß roth die Farbe der Turner sei. So viel wir wissen, ist sie das auch in Verbindung mit weiß. Dabei beruhigte sich aber das genannte Blatt nicht, sondern rechnete nach, daß in Lunzenau bei den letzten Wahlen 169 „rothe Stimmen“ abgegeben, während auf die übrigen Parteien nur 113 gefallen seien. - Nun ist es also entschieden, daß die Stadt Lunzenau im Jahre des Heils 1885 die „Farben des Umsturzes“ und zwar vor den Augen der Polizei, ohne daß dieselbe die Farben verboten hätte, aufgezogen hat. Das ist ja schrecklich - und kann auch nur in unserem „gemüthlichen“ Sachsen vorkommen.

Die größere Sterblichkeit des Militärs, verglichen mit derjenigen der gleichartigen Zivilbevölkerung, wird, wenn auch zögernd, von der amtlichen Statistik anerkannt. Und doch rekrutirt sich das Heer aus der Blüthe der männlichen Jugend, aus der „Elite“ des Volks, und doch ist die eigentliche soziale Noth, Hunger und drückende Entbehrungen, wie sie etwa dem arbeitslosen Proletariat sicher sind, dem Soldaten fremd. Aber ebenso wie die Selbstmordtäter in der Armee eine um Vieles höhere ist, als in der übrigen Bevölkerung (in Preußen z. B. eine fünfmal so hohe!), ebenso ist die Mortalität im Allgemeinen eine bedeutendere. Die Strapazen des Dienstes, die Wirkungen der Marschirer, der ganze Geist der Militärvorfassung tragen dazu bei, die Sterblichkeitsverhältnisse ungünstig zu gestalten. Lassen wir die Zahlen reden. Es gestaltete sich, wenn man in der Zivilbevölkerung nur die Altersklasse von 20-30 Jahren zum Vergleichspunkt nimmt, die Mortalität des

dieser Stunde zu kommen, und sobald ich mich einfinde, sagen Sie mir, es sei die ungelegenste Stunde, die ich habe wählen können.“

„Allerdings, mein Freund, aber wegen dieses scheinbaren Widerspruchs trifft kein Vorwurf. Unser alter Gärtner ist in der vergangenen Nacht plötzlich gestorben, und meine Nichte hat sich den Trauersfall etwas allzu sehr zu Herzen genommen. Tadeln will ich sie deshalb nicht, aber Sie werden begreifen, daß ich unter diesen Umständen Bedenken tragen muß, Sie heute vorzustellen.“

„Um, daß das Ableben eines Diensthöten so großen Einfluß auf die Gemüthsstimmung der Herrschaft haben könnte, will mir nicht recht einleuchten. Man findet immer wieder Ertrag.“

„Die Charaktere sind verschieden, Barnelew; der Gärtner war ein altes Erbstück, er hat meine Nichte von Kindheit auf gekannt.“

„Wäre nicht ein zufälliges Begegnen zu erwidern?“

„Man würde die Absicht merken und verstimmt werden.“ erwiderte Rabe kopfschüttelnd. „Uebrigens halte ich es für besser, wenn Sie sich gedulden, bis ich Sie auch meiner Schwester vorstellen kann.“

Er zog an der Glodenschür und gab dem gleich darauf eintretenden Kammerdiener mit leiser Stimme einen Befehl.

Herr von Barnelew klopfte mit der Reitgerte auf seine zierlichen Lackstiefel und blickte durch das goldene Lorngnon den Freund erwartungsvoll an.

„Und wie lange gedulden Sie meine Geduld auf die Probe zu stellen?“ fragte er.

„Nur einige Tage; Sie werden mir zugeben, daß man eine solche Sache nicht über's Raie brechen kann.“

„Ich verlange das auch nicht, aber ich wünsche doch bald Gewißheit zu haben. Wenn ich's recht bedenke, so bereue ich, den Handel mit Ihnen abgeschlossen zu haben.“

„Aus welchem Grunde? Mittrauen Sie mir?“

„Das will ich nicht gesagt haben, und zu einem solchen Mittrauen habe ich ja auch noch keinen Grund. Es genirt mich, daß ich so lange auf das Geld warten soll. Nehmen

Sie mir das nicht übel, Rabe, ich habe in der vergangenen Nacht Pech gehabt und mir dadurch Verpflichtungen aufgeladen, die mir sehr unangenehm und drückend sind.“

Joseph trat in diesem Augenblick ein, er trug auf einem silbernen Teller eine mit Schilf umflochtene Flasche und zwei funkelnde Kristallgläser.

„Und das verstimmt Sie?“ fragte Rabe lachend, während er behutsam die Gläser füllte. „Sie betreiben die Sache ja systematisch, was Sie heute verlieren, können Sie morgen wieder gewinnen.“

„Die Möglichkeit ist freilich vorhanden, aber mit der Aussicht auf diese Möglichkeit kann man keine Spielschulden decken.“ erwiderte Barnelew ärgerlich. „Es wäre mir wirklich lieb, wenn Sie mir aus der Verlegenheit helfen könnten.“

Willibald Rabe warf aus den halbgeschlossenen Augen einen finsternen Blick auf seinen Freund.

„Sie haben drohliche Einfälle.“ sagte er, „aber besondere Ehre machen Sie Ihrem Verstande nicht. Wenn unter Männern einmal ein Vertrag geschlossen worden ist, so muß auch Jeder an den Bedingungen desselben festhalten. Und nach dem zwischen uns geschlossenem Vertrag haben Sie heute noch kein Recht, Ihre Forderung an mich geltend zu machen.“

„Ich beanspruche dieses Recht auch durchaus nicht, ich sage ja nur, Sie würden mir damit einen großen Gefallen erzeigen.“

„Und daneben wissen Sie so gut wie ich, daß es mir augenblicklich ganz unmöglich ist!“

„Mit tausend Thalern wäre mir geholfen.“

„Und morgen und jeden folgenden Tag abermals tausend Thalern, bis die Schuld getilgt ist.“ spottete Rabe.

„Barnelew, mir scheint, Sie glauben, die Forderung sei Ihnen nicht sicher genug.“

Herr von Barnelew machte eine ungeduldige Bewegung.

„Wenn Sie diesen Verdacht hegen, so wollen wir nicht weiter darüber reden, sondern uns lediglich an den Bestimmungen unseres Vertrages halten.“ erwiderte er, während er die Gläser seines Lorngnon reinigte. „Offenherzig ge-

Militärs während der Friedenszeiten in den Hauptstädten Europas folgendermaßen:

	Im Militäre	Im Civil	Prozentaler Ueber-
	stark einer	stark einer	schuß der Militäre
	von:	einer von:	sterblichkeit:
In Rußland	27	78	190 %
„ Großbritannien	62	108	74 %
„ Frankreich	61	104	70 %
„ Italien	64	106	64 %
„ Desterreich	61,5	93	52 %
„ Preußen	68	99	47 %

Wahrlich, keine Empfehlung des Militarismus!

Vom serbisch-bulgarischen Kriegsschauplatz tritt wieder die Kunde von einem Siege der Bulgaren ein. Die Skopje, den 22. d., Abends, sind folgende Nachrichten in Sofia eingegangen: „Die Höhen und das Defilé des Drogomanpases waren heute früh noch durch serbische Truppen besetzt. Eine starke bulgarische Reiterabtheilung ließ sehr heftige Geschosse fallen. Die Serben hatten an verschiedenen Punkten ihrer Aufstellung Schanzen aufgeworfen und mit Artillerie besetzt. Der Fürst begab sich persönlich nach dem Ort des Kampfes und sandte das Regiment Ternoza, welches zum ersten Male an einem Gefecht Theil nahm, sowie andere Truppen, welche in Skopje zur Reserve standen, auf den Schlachtfeld. Gegen 2 Uhr war der Kampf am heftigsten. Bei Eintritt der Dunkelheit machten die Bulgaren einen Bajonetangriff und vertrieben die Serben aus ihren Stellungen. Die Bulgaren dinouakirten in den eroberten Positionen. Die Anhöhe von Dragoman ist vollständig von den Serben verlassen, es ist wenig wahrscheinlich, daß dieselben wieder die Offensive ergreifen werden.“

Inzwischen scheint die bulgarische Demüthigung der West gegenüber ihre Früchte zu tragen. Die Londoner Blätter und Konstantinopel vom 21. v. M. telegraphirt wird, richtete die Pforte an Serbien die Aufforderung, das von serbischen Truppen besetzte bulgarische Gebiet unzugänglich zu räumen.

Die russische „Intervention“ taucht immer ernsthafter auf. Ein Artikel der „Koslover Zeitung“ sucht auszuführen, daß der Drei-Kaiser-Bund nicht im Stande gewesen, das Gleichgewicht zwischen Bulgaren und Serben zu verhalten. Dies scheint als kein angemessener Preis dafür, daß Rußland einige Jahre hindurch seine Auktionsfreiheit gebannt habe. Rußland habe im richtigen Verständniß dem Vorgehen des Fürsten Alexander gegenüber auf Wiederherstellung des status quo ante bestanden. Als somit klar geworden, daß von Kompositionen keine Rede mehr sein könne, habe der König von Serbien, der faktisch in einem Vassallenverhältnis zu Oesterreich u. U. g. a. r. n. stehe, einen räuberischen Einfall in das bulgarische Gebiet gemacht, sich sogar als Wiederhersteller der Rechte des Sultans geberdet, während die türkische Armee ruhig zusah. Mit welchem Recht that Serbien dies, wenn die Türkei Serbien hierfür belohnen? so fragt das koslovische Blatt, indem es hinzusetzt, daß die Türkei ohne die Einwilligung der Berliner Signaturmächte keinen Fuß des bulgarischen Landes an Serbien abtreten dürfe. Eine Verletzung der Grenzen des bulgarischen Landes wäre für Rußland gleichbedeutend mit einer Verletzung der eigenen Landesgrenzen Rußlands. Für die Unverletzlichkeit des von Rußland erkämpften bulgarischen Territoriums zu stehen, sei Rußland durch seine staatliche Würde und nationale Ehre verpflichtet. Nicht Sentimentalität oder ideale Illusionen, sondern die wichtigsten Interessen Rußlands verlangten, daß es ähnlichen Angriffen gegenüber eine unerschütterliche Festigkeit bewahre.

Wie aus diesen Zeilen hervorgeht, glaubt man in Rußland, daß Serbien von Oesterreich begünstigt werde. Die Sprache des Artikels ist deutlich genug und wenn der Kampf zwischen Bulgaren und Serbien nicht bald sein Ende findet, so dürfte den Drohungen bald die That, das heißt die russische Intervention, folgen.

Französische Blätter kündigen den Eintritt Griechenlands in die kriegerische Aktion an. Bereits vor einiger Zeit wurden die Kosten für die griechischen Rüstungen einschließlich der in England bestellten Schiffe von kompetenter Seite auf 80 Millionen Francs geschätzt; einen Betrag, der um so mehr ins Gewicht fällt, da das Ministerium Delassant bei der Uebernahme der Regierung betonte, daß die Finanzlage Sparsamkeit erfordere, und daher erscheinen ließe. Hiernach begreift man die Verlegenheit Griechenlands, aus welcher nun eine militärische Intervention eventuell dekreten soll.

Die Zunahme der allgemeinen Schwächlichkeit zeigt sich deutlich bei den Militäraushebungen. Kein Wunder ist es, daß die moderne Menschheit immer mehr degenerirt unter der Herrschaft des Pauperismus und des Industrialismus. So betrug z. B. in Oesterreich das Untertaugeschäft im Jahr 1833/37 nur 47,0, 1858/63 bereits 57,2, 1864/68 schon 69,9 und wuchs dann konstant von 1871-73 bis 80 Prozent. Von je 1000 Untersuchten waren 1870: 279 „Schwächlinge“, 1871: 281; 1872: 309; 1873: 367. Die Aushebung

standen, habe ich kein besonderes Vertrauen dazu, daß hier Herr und Gebieter werden soll. Was hilft es, daß mich in Illusionen wiege, die eben nichts weiter als Illusionen sind! Erkundigt man sich nach mir, so wird man erfahren, daß ich keine Mittel besitze.“

„Ich glaube alle diese Bedenken beseitigt zu haben, und nun tauchen sie noch einmal auf.“ unterbrach Rabe ihn fastlächelnd; „mit Ihnen ist nichts anzufangen, der Herr fehlt Ihnen. Machen Sie wenigstens den Versuch, zurückzutreten können Sie noch immer.“

Der Gutsbesitzer war bei den letzten Worten am Fenster geirrt, die vielen Einwurfe und Zweifel, die er freudlos, die offenbar nur darauf hinausliefen, die Schuldforderung geltend zu machen, ärgerten und stimmten ihn.

Sein Bild fiel auf Arabella, sie wanderte im Garten zwischen den Blumenbeeten auf und nieder.

„Der Zufall scheint Sie begünstigen zu wollen, Barnelew.“ sagte Rabe rasch entschlossen, „meine Nichte ist im Garten, kommen Sie, ich werde Ihnen meine Absichten zeigen.“

Herr von Barnelew erhob sich hastig und warf einen Blick auf den Spiegel; ein selbstzufriedenes Lächeln glänzte über seine Lippen, seine Toilette war tadellos.

„Ich hoffe, Sie werden sich in die Rolle eines Rosenliebhabers hineinfinden können.“ fuhr Rabe fort, während er der Thüre zuschritt, „es ist dazu weiter nichts nötig, als daß Sie dann und wann ein Wort der Bemerkung einfließen.“

Barnelew nickte zustimmend mit der Kieme eines Mannes der sich seines Wertes bewußt ist.

Die beiden Herren verließen das Schloß, Arabella bemerkte sie erst, als sie bereits in ihrer Nähe waren.

Ausweichen konnte sie ihnen nicht mehr, aber sie empfing den Freund ihres Onkels mit kühler, zurückhaltender Höflichkeit, ihre erregte Stimmung erlaubte ihr nicht, den Fremden freundlich zu empfangen.

Herr von Barnelew suchte ein Gespräch anzuknüpfen, Arabella antwortete nur kurz und einsilbig trotz der wußtsoollen Blicke ihres Onkels, der sich häufig genötigt

In B a
ndlungen
Kriegsmater
Rückbau be
fähigkeit sic
wies in W
„Reit“ stand
wies sic s
wende, enge
nne“ in V
gemein mit
schen sich
erweitern.
sein vom
bedeutend
die Thätigk
immer er
wollt darin
in 1803,
plante und
die Warscha
über num
den Nord
südlich (De
schonlich u
wollte, Ra
wies, der
weirwid
eine
nament wo

Die a
B. B.
sich die
würde die
die Ber
wollte. W
nicht men
den Baten
bedeutend
in Bales
legen dar:

Jah
Eigen
fänger

400

1288

2329

9365

24412

117049

703289

14459

1011

„Gr
“) Ri

ig, a
topen.
Und i
sich ein
den Ein
wären e
süchtiger
ich, daß
wären v
Herr
zu einer
gehenden
ich oberfl
ten, mit
verändern
Krab
des Nat
jorn ich
schlieflich
bedeutete
Barne
wollte, als
verbeugte
Er i
veroffen
zu beßen
„Wo
„Da
Mit
der Antw
halten,
süchtigen

„Ich
er nach
wie kon
sinnung
Dane i
grünen
knauß a
„Er

Arbeit durch das Kapital erzeugt diese Entartung. Daher gerade die Schwärmer für Kaufergemeinde und Kruppengerichte sollten sich nicht so gegen den Arbeiterschutz sträuben.

Russland.

In Warschau haben am Montag die gerichtlichen Verhandlungen gegen 29 Ribilisten begonnen. Aus dem Katalogmaterial ist u. A. Nachstehendes zu entnehmen: In Warschau bestand ein sogenanntes Zentral-Komitee, dessen Tätigkeit sich auf das ganze Königreich Polen erstreckte, und welches in Verbindung mit dem russischen Komitee „Narodnoj Woli“ stand. Gleichseitig unterhielt das Warschauer Komitee, welches aus einem Agenten der „Narodnoj Woli“ geleitet wurde, enge Beziehungen mit der Redaktion des „Klassenkampfes“ in Paris. Jedoch hatten diese Beziehungen nichts gemein mit denjenigen zu der „Narodnoj Woli“, indem die letztere sich speziell nur auf allgemeine sozialistische Bestrebungen richtete. Im Dienste des Warschauer Komitees stand der Herrin vom „Rothem Kreuz“, welcher für jenes unter dem Mantel humaner Bestrebungen durch Veranstaltung von Konzerten, Konzerten u. s. w. bedeutende Geldmittel aufbrachte. Die Tätigkeit dieses Komitees, welches bis zu dem im vorigen Sommer erfolgten Verhaftungen unbedeutend wirkte, bestand darin, daß es an verschiedenen Orten des Königreichs, in Lodz, Bialy und anderen Orten „Arbeiter-Komitees“ gründete und durch seine Agenten unterhielt. An der Spitze des Warschauer Komitees stand der Friedensrichter Bardowski, welcher nunmehr auch in dem Prozesse als Hauptangeklagter in den Vordergrund tritt. Die übrigen drei Hauptangeklagten sind: der Schwiegerjohn eines Generals, Artillerie-Leutnant Schmidt und Militär-Ingenieur Luyv sind, wie auch Bardowski, National Russen. Weibliche Personen sind in den Vorwürfen der voraussetzlichen über einen Monat dauern wird, noch verwickelt. Von den im vorigen Jahre Verhafteten sind eine Anzahl ohne gerichtliches Verfahren nach Sibirien deportiert worden.

Großbritannien.

Die agrarischen Zustände in England haben sich bereits öfters beschäftigt. Fest steht für das Land die Sieges des landwirtschaftlichen Großbetriebes. Die Verteilung des englischen Grundeigentums zu erörtern. Wir geben dieselben nach einem Gewährsmann, der weniger als ein Gegner der Landbarone ist, nach Mr. John Bateman. Derselbe hat die verschiedenen Klassen der Grundeigentümer um die Größe ihres Besitzes für ganz England zu Wales berechnet. Die Ergebnisse stellen sich folgendermaßen dar:

Zahl der Eigentümer	Klasse	Größe ihr. Grundeigentums Acres
400	Peers (mit Einschluß von Peeressees und den ältesten Söhnen von Peers)	5 728 979
1 288	Große Grundeigentümer (Gemeine, bestehend 3000 Acres von mindestens 3000 Pfd. Sterl. Reinertrag)	8 497 699
2 529	Squires, bestehend zwischen 1000 und 3000 Acres oder über 3000 Acres, aber mit weniger als 3000 Pfd. Sterl. Reinertrag, durchschnittlich 1700 Acres)	4 319 271
9 585	Greater Yeomen,*) bestehend zwischen 300 und 1000 Acres, durchschnittlich 500 Acres	4 782 627
24 412	Better Yeomen,**) bestehend zwischen 100 und 300 Acres, durchschnittlich 170 Acres	4 144 272
217 049	Kleine Eigentümer, bestehend zwischen 1 bis 100 Acres	3 931 806
708 289	Hausbesitzer (cottagers), bestehend weniger als 1 Acre	151 148
14 459	Öffentliche Körperschaften:	
	a. Die Krone, Kasernen, Gefängnisse u.	165 427
	b. Religionen, Erziehungs-, philantropischen Zwecken gewidmet	947 655
	c. Kommersielle u. a.	1 524 624
	Wüstes Land	1 524 624
10 011		34 523 968

*) Größere Gutsbesitzer } hervorgegangen aus der Yeomanry, der alten Freisassen-schaft.

**) Kleinere „Arbeiter-Komitees“ hervorgegangen aus der Yeomanry, der alten Freisassen-schaft.

Herr von Barnelow sprach über Theater und Musik mit einer wahrhaft erstaunlichen Leichtigkeit und einer bewundernswürdigen Eleganz, aber seine Urtheile waren außerordentlich oberflächlich, und nur die wahrhaft verwegenen Kühnheiten, mit der sie ausgesprochen wurden, war an ihnen zu bemerken.

Krabella hätte ihm das beweisen, ihn vor den Augen ihres Onkels demütigen können, sie verzichtete darauf; mit ihrem scharfen Blick hatte sie die Seichtigkeit und Oberflächlichkeit dieses Mannes bereits erkannt, er war ihr zu unbedeutend.

Barnelow bemerkte von alledem nichts, aber er stuzte sich, als Krabella plötzlich mitten in der Unterhaltung sich vorbeugte und ihm den Rücken wendete.

Er klemmte das Lognon auf die Nase und sah ihr betroffen nach, dann heftete er den Blick auf den Freund, dessen Augen die Gluth des Zornes loberte.

„Was bedeutet das?“ fragte er. „Das bedeutet, daß Sie —“

„Mit den Zähnen knirschend brach Rabe mitten in dem Antwort ab, er schien es doch nicht für rathsam zu halten, die Worte auszusprechen, die ihm auf der Zunge lagen.“

„Ich begreife Sie nicht, Barnelow,“ fuhr er nach einer Pause in ruhigerem Tone fort, „wie können Sie denn glauben, daß Ihre albernsten, aus dem Interesse hervorgehenden geschöpften Urtheile eine feingebildete Person nicht zum Besten geben, wenn Niemand weiter darauf achtet, aber —“

„Erlauben Sie, ich habe über dieses Thema in

Nach dieser Uebersicht entfallen auf 4217 private Großgrundbesitzer, von denen jeder mindestens 1000 Acres hat, 56,2 pCt., auf 33 997 Eigenthümer von 100—1000 Acres 27,05 pCt., auf den Besitz der todtten Hand 4,4 pCt. der Gesamtfläche. Großgrundbesitzer und Grundbesitzer der todtten Hand verfügten demnach über 60,8 pCt., die Besitzer von mehr als 100 Acres 87,65 pCt. der Gesamtfläche. Die 400 Peers, d. h. die reichsumittelbaren Aristokraten, haben mehr Grundbesitz inne, als die 9585 größeren, oder die 24 412 kleineren Grundbesitzer zusammen. Die 1288 großen Grundeigentümer repräsentiren mehr Grund und Boden von England, als 24 412 lesser yeomen und 217 049 kleine Eigenthümer, demnach mehr als 241 461 Haushaltungen zusammengenommen! Und gar erst die cottagers! Diese Zahlen geben ein deutliches Bild von der Allmacht der englischen Latifundienwirtschaft, die in absehbarer Zeit auch die letzten Reste des Mittelgrundbesitzes ebenso sicher aufschlucken wird, wie sie den Bauernstand bereits fortgesetzt und mit Haut und Haaren aufgefressen hat. Die englische Grundaristokratie

hat einen guten Magen, das ganze Land aufgefressen und doch noch nie sich übergeben.“

Erwin Rasse (Agrarische Zustände in England, S. 132), der Bateman's Tabelle aus Brydrid's Buch über englischen Grundbesitz und englische Grundbesitzer reproduziert, sagt mit vollem Recht: „Man darf die Zahl der Großgrundbesitzer, wie sie von Bateman ermittelt ist, als eine Maximalzahl, die des ihnen gebührenden Areals als eine Minimalzahl betrachten.“ Das heißt: Thatsächlich ist eine größere Menge von Grundbesitz in den Händen einer kleineren Anzahl von Großgrundbesitzern, als Bateman berechnet hat, die Konzentration des Grund und Bodens ist fortgeschrittener, als dieser Schriftsteller annimmt. So ist es auch in Wirklichkeit. Die Mehrzahl der anderen Statistiker kommt zu bei weitem ungünstigeren Resultaten. Nach Arthur Arnold z. B. reduziert sich die Zahl der Grundeigentümer mit mehr als 1000 Acres für England und Wales auf etwa 2500. Und bis heute ist die Behauptung John Bright's noch nicht widerlegt, wie Marx treffend hervorhebt, daß die Hälfte von England 150 Grundbesitzern gehört. Die Vorgänge in England sind — der Spiegel in Deutschland. Auch wir werden zu solchen Zuständen kommen wie England; auf dem besten Wege dazu sind wir bereits.

Parlamentarisches.

Dem Reichstage ist sein eigener Etat jetzt zugegangen. Die dauernden Ausgaben betragen 379 670 M., d. h. 30 000 M. weniger als im Vorjahre. Es sind nämlich die Entschädigungen der Privatbahnen für die Freifahrten der Reichstagsabgeordneten diesmal nur mit 18000 M. veranschlagt, während sie im Vorjahre noch mit 48000 M. angesetzt waren. Seit der vorigen Session ist bekanntlich das Recht der Abgeordneten auf freie Fahrt auf die Route zwischen ihrem Wohnort nach Berlin beschränkt worden. Diese Maßregel, die damals allgemein übersehen wurde, erscheint noch weniger motivirt, wenn man jetzt erfährt, daß im Jahre 1884/85 37 233 M. weniger Entschädigungen an die Eisenbahnen gezahlt worden sind, als im Etat ausgeworfen waren, und zwar hauptsächlich, weil ein großer Theil der Privatbahnen inzwischen in Staatsbesitz übergegangen war. Wahrscheinlich werden auch die diesmal angesetzt 18 000 M. nicht ganz gebraucht werden, denn sie sind nicht nach der Erfahrung des letzten, sondern nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre veranschlagt.

Der neue Militäretat pro 1886/87 beabsichtigt eine Gehaltsaufbesserung bei den Zahlmeistern; in Anbetracht der augenblicklich von allen Seiten kommenden Nachrichten über Verhaftungen von Zahlmeistern wegen angeblicher Bestechungen u. s. w. wird dieser Vorlage besonderes Gewicht gegeben werden. Bisher betrug das Gehalt der Zahlmeister zwischen 1350 und 2700 M. Das Minimalgehalt soll nunmehr um 300 M. aufgebessert werden, indem die beiden niedrigsten Stufen von 1350 M. und 1500 M. in Wegfall kommen. Motivirt wird diese Gehaltserhöhung mit der Bedeutung und Verantwortlichkeit der Stellung, welche die Zahlmeister in ihrer Eigenschaft als Kassen- und Rechnungsbeamte einnehmen und mit der geringen Steigerung des Mindesteinkommens gegenüber den vor der Beförderung zum Zahlmeister zuständig gewesenem Dienstbesitzigen und Vergünstigten. Auch wird darauf hingewiesen, daß die Beförderung zum Zahlmeister bei den gegenwärtigen Abgangsverhältnissen erst nach einer Dienstzeit von 18—21 Jahren stattfindet, und daß bei den Zahlmeistern von der bestimmungsmäßig zulässigen Beschaffung der neuerdings von ihnen verlangten Ration durch Ansammlung von Gehaltsabzügen fast durchweg Gebrauch gemacht werden müsse.

Das Vorstehende der Stettiner Kaufmannschaft hat

*) Geborene Mitglieder des Oberhauses.

durchaus geistreicher Weise gesprochen,“ sagte Barnelow gereizt. „Ja, was Sie geistreich nennen! Sogar meine Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt, und mich wundert nur, daß Sie nicht auch noch über Pferde und Hunde ein Kapitel abgeleiert haben. Sie sind unverbesserlich.“

„Und Sie sind außerordentlich grob!“ erwiderte Herr von Barnelow achselzuckend. „Wie ich mich einer Dame gegenüber zu verhalten habe, weiß ich selbst sehr wohl, und hat Fräulein von Studmann in der That eine so gediegene Bildung genossen, so hätten Sie mich darauf aufmerksam machen sollen.“

„Bei Ihnen glaubte ich das nicht nöthig zu haben,“ sagte Rabe mit schneidendem Spott.

„Und nun glauben Sie, mein erstes Debüt habe Alles verdorben?“

„Das will ich nicht behaupten, Barnelow, Sie können immerhin den zweiten Versuch noch machen! Aber warten Sie damit, bis ich Sie meiner Schwester vorstellen kann, ich sagte Ihnen ja früher schon, die Entscheidung hänge hauptsächlich von dem Eindruck ab, den Sie auf die Generalin machen.“

Herr von Barnelow belustigte sich damit, seinen Grimm an einem Beert voll blühender Petunien auszulassen, die er mit seiner Reitgerte kunstgerecht köpfte.

„Ich habe das Vertrauen verloren,“ erwiderte er, „Fräulein von Studmann hat durch ihre plötzliche und gänzlich unmotivirte Entfernung mir eine entschiedene Abneigung gezeigt. Schon der Empfang war nichts weniger als ermunternd, Sie werden mir wohl die Bemerkung erlauben, daß eine feingebildete Dame in dieser Weise keinen Gast empfängt, der ihr zum ersten Male vorgestellt wird.“

„Und Sie werden mir dagegen wohl die Bemerkung nicht übel nehmen, daß man in einem fremden Garten —“

„Berzählen Sie, der Unmuth ließ mich vergessen, wo ich mich befinde,“ unterbrach Barnelow ihn rasch, während er sichtbar erschreckt die bereits zu einem neuen Hieb

eine Petition gegen den Zuschlagszoll auf das in Fässern eingehende Petroleum an den Reichstag gerichtet.

Der Etat über den Reichsinvalidentfond für 1886/87 schließt ab mit einer Ausgabe von 26 961 588 M., welche mit einer ebenso hohen Einnahme balancirt ist. Gegen das Vorjahr hat sich die Inanspruchnahme des Fonds um 763 917 M. vermindert. Gedeckt wird das Bedürfniß mit 20 894 000 M. aus den Zinsen und mit 6 067 588 durch Kapitalzuschuß aus der Substanz des Fonds. Der Kapitalzuschuß ist im Vergleich zum Vorjahre um 333 750 M. niedriger. Aus dem Reichsinvalidentfond werden an Pensionen z. c. in Folge des Krieges von 1870/71 gezahlt 21 717 231 M.; ferner an Pensionen in Folge der Kriege vor 1870 3 713 324 (darunter 388 000 M. an Soldaten z. c. der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee), ferner an Ehrenzulagen für die Inhaber des Eisernen Kreuzes 40 068 M., an Pensionen an ehemalige französische Militärpersonen 425 000 M. und für die Invaliden-institute 512 814 M. Aus dem Fonds erhielten Ende Juni d. J. in Folge des Krieges von 1870/71 Pensionen und Pensionserhöhungen 9 Generale der Infanterie und Kavallerie 41 Generalleutenants, 88 Generalmajors, 192 Obersten, 222 Oberlieutenants, 517 Majors, 782 Hauptleute und Rittmeister, 1319 Premier- und Sekondelieutenants und 244 Sanitätsoffiziere, zusammen also 3414 Offiziere. Von den Mannschaften erhielten Invalidenpensionen und Pensionzulagen 1533 Feldwebel, 1319 Wachtmeister und Oberfeuerwerker, 5705 Sergeanten und Unteroffiziere und 41 312 Gefreiten und Gemeine, zusammen also 48 570 Soldaten. Unter Hinzurechnung von 261 Militärbeamten und 26 der Marine angehörigen beträgt die Zahl der Militärpersonen, welche Benefizien des Fonds in Folge des letzten Krieges genießen 52 271. Ferner werden noch 5645 Wittwen, 4102 Kinder und 2893 Eltern gefallener Soldaten z., zusammen also 12 641 Angehörige unterstützt. Aus den Kriegen vor 1870 werden 795 Offiziere, 2579 Soldaten und 92 Militärbeamte, ferner 1546 Wittwen und 51 Kinder Gefallener mit Pensionen bezw. Unterstützungen bedacht.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 26. November cr., Nachmittags 5 Uhr. Vier Naturalisationsgesuche — Vorläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten — Berichterstatter über die Vorlage, betr. eine anderweitige Organisation der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke — desgl. über die Vorlage, betr. den Verkauf des zwischen den Grundstücken Klosterstr. 80—82 und der neuen Bauflucht der Neuen Friedrichstraße gelegenen Terrains — Vorlage, betr. den Fortgang der Kanalisations- und Sperrungsarbeiten im Juli—September-Quartal d. J. — desgl., betr. die Ausschmückung der Aula der höheren Mädchenschule in der Pfandstraße mit Wandgemälden — desgl., betr. die Uebertragung der Pferde-Eisenbahn-Linie Potsdamer Thor — Weichbildgrenze — Schöneberg von der Großen Internationalen Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft auf die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft — desgl., betr. den Abschluß eines Vergleichs in Betreff der von den städtischen Kieselgütern im Niederbarnim'schen Kreise zu zahlenden Kreis-Einkommensteuern — desgl., betr. die Herstellung eines befestigten Weges längs des hinteren Theils des städtischen Villen-Bauterrains bei Treptow — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Festsetzung eines Einheitspreises für den Verkauf von Koaks aus den städtischen Gasanstalten — drei Rechnungen — Beantwortung der Anfrage von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Pferde-Eisenbahn-Linie Gesundbrunnen—Wedding—Roabit—Thiergarten—Lützowplatz — Wahl eines Bürgerdeputirten für die Gefinde-Verlohnungs- und Unterstützungs-Deputation — eine Unterstützungsanfrage.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage des Magistrats, betreffend die eingereichte Skizze zu dem Erweiterungsbau der 21. 24. Gemeindegasse, Neue Friedrichstraße 32, sowie den mit 265 000 M. abschließenden Kostenüberschlag hat am Montag Abend beschloffen, der Versammlung vorzuschlagen, den Antrag des Magistrats abzulehnen, weil nach der Ansicht des Ausschusses durch einen Um- resp. Erweiterungsbau doch nicht das vorhandene Bedürfniß befriedigt werden würde. Der Ausschuss empfiehlt deshalb, in dem vorhandenen jetzt für Knaben und Mädchen bestimmten Gebäude nur die Knaben unterzubringen und für die Mädchen an anderer Stelle eine besondere Schule zu erbauen. Gleichseitig empfiehlt der Ausschuss, die Festsetzung der neuen Baufluchtlinie für den Theil der Neuen Friedrichstraße vorläufig noch auszusetzen.

Lokales.

Zur Verhütung von Unglücksfällen erinnert das Polizei-Präsidium an folgende Bestimmung: „Bei Eintritt des Winters wird zur Verhütung von Unglücksfällen die Bekanntheit vom 17. Dezember 1846. — Amtsblatt St. 52, Seite 402, — in Erinnerung gebracht, nach welcher die Ver-

geschwungene Reitgerte sinken ließ. „Sie hatten mir so große Hoffnungen gemacht und —“

„Wollen Sie auf diese Hoffnungen schon verzichten? Ich sagte Ihnen ja, daß meine Nichte heute nicht in der Stimmung sei, Fremde zu empfangen, weshalb zwangen Sie mich durch Ihre Zweifel, Sie dennoch vorzustellen? Sie hätten sich gedulden sollen!“

„Gedulden!“ wiederholte Barnelow spöttisch. „Wenn Einem die glühende Kohle auf dem Fuß liegt, dann hat alle Geduld ein Ende. Ich komme nochmals auf meinen bereits ausgesprochenen Wunsch zurück, haben Sie die Güte, Ihren Schuldschein einzulösen, so ist unsere Angelegenheit geordnet.“

Ein höhnischer Zug umguckte die Lippen Rabe's, langsam schritten die beiden Herren zum Schloß zurück.

„Sie kennen unseren Vertrag,“ sagte er; „in diesem Augenblick können Sie noch nicht mit Sicherheit behaupten, daß Ihre Aussichten hoffnungslos sind, also haben Sie auch keinen berechtigten Grund, den Vertrag umzuwerfen. Wollen Sie das aber dennoch thun, dann werde ich diese Angelegenheit dem Urtheil unserer Freunde unterbreiten.“

„Ich glaube nicht, daß Sie das thun werden,“ erwiderte Barnelow mit demselben Hohn, „das Urtheil würde seine ganze Schärfe gegen Sie richten. Sollen wir uns denn dieser Bagatelle wegen entweihen, Rabe? Sie können über die Hand Ihrer Nichte nicht verfügen, und von Ihrem Einfluß auf die Generalin halte ich nicht viel, da ist es doch nach meiner Meinung besser, daß wir uns nicht thörichten Hoffnungen hingeben, deren Verwirklichung in der Unmöglichkeit liegt. Und Ehrenschulden muß man so rasch wie möglich tilgen, Sie haben diesen Grundsatz stets anerkannt.“

„Und es ist sehr überflüssig, daß Sie mich darauf aufmerksam machen,“ unterbrach Rabe ihn rasch. „Wenn Sie das Geld haben müssen und wollen, so werde ich suchen, es Ihnen zu verschaffen, dann aber sind wir geschiedene Freunde.“

(Fortsetzung folgt.)

nung der Eisenbahnen zum Schiffschublaufen nur auf denjenigen Stellen gestattet ist, wo sich besondere Aufseher befinden. Sämtliche Exekutivbeamten sind angewiesen, auf die Beachtung der vorstehenden Anordnung zu halten."

Die Langsamkeit der städtischen Elektrizitätswerke hat schon mehrfach die Klagen der Privatleute erregt, die ihre Wohnungen oder Geschäftslöcher elektrisch beleuchten zu sehen wünschen. Jetzt hat eine Anzahl von Privaten, wie der „B. V. C.“ hört, eine Petition an den Magistrat gerichtet, damit dieser Kraft seines vertragsmäßigen Rechtes untersuche, ob die Gesellschaft überhaupt in der Lage sei, den Anforderungen auf Lieferung von elektrischem Licht zuverlässig und genügend nachzukommen. — Man sollte lieber beim Magistrat anfragen, weshalb immer und immer wieder die Ausnützung derartiger Betriebe leistungsfähigen Aktiengesellschaften übertragen wird, deren Aktionäre sich nur die Taschen füllen, im Uebrigen aber sich wegen der eingegangenen Verbindlichkeiten absolut keine Kopfschmerzen machen.

Außer den großen Staatsbüchereisammlungen und den Fachbibliotheken der einzelnen großen Staatsanstalten besitzt unsere Stadt gegenwärtig 23 Volksbibliotheken mit einer Gesammtbücherei von nicht viel unter 100 000. Diese Bände sind im Laufe des Jahres 331 723 mal an die Besucher der Bibliotheken ausgeliehen worden. Es gewährt ein wirkliches psychologisches Interesse, sich einmal nach der Zahl und den Berufsarten dieser Leser der Volksbibliotheken zu erkundigen. Wir finden unter ihnen Beamte, Lehrer und zwar in ziemlich gleichbleibender Zahl. Während einer fünfjährigen Vergleichsdauer ist die Zahl der lesenden Lehrer von 889 auf 895, die der Beamten von 1365 auf 1508 gestiegen. Auch die Zahl der lesenden Kaufleute, Gewerbetreibenden, Handwerker und Gesellen hat sich keineswegs im Verhältnis der gestiegenen Bevölkerung vermehrt; sie liegt nämlich während der angegebenen Vergleichsdauer nur um die winzige Zahl von 323, nämlich von 5659 auf 6082. Günstiger stellen sich in dieser Hinsicht die Frauen; die Zahl der Leserinnen in den Volksbibliotheken ist von 3195 auf 3801 gestiegen. Am auffallendsten ist das Anwachsen der die Volksbibliotheken in Anspruch nehmenden Gymnasiasten, Studenten und Schüler; von 2306

ist diese Leserkategorie auf 3594 in die Höhe geschwollen. Aber sehr betrübend ist der Umstand, daß die Zahl der lesenden Arbeiter abgenommen hat; sie ist von 1753 auf 1687 heruntergegangen. Hieran ist die übertriebene lange Arbeitszeit und die damit im Zusammenhang stehende Arbeitslosigkeit schuld.

Mit Dampf soll jetzt der Schnee von den Geleisen der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn fortgeschafft werden. In den Werkstätten der Gesellschaft ist ein Schneefuhr-Dampfpflug konstruiert worden, mit dem in den letzten Nächten die ersten Fahrversuche gemacht wurden. Die bewegende Dampfmaschine befindet sich, wie die „Staatsb. Zig.“ schreibt, inmitten eines auf Schienenrädern ruhenden Apparats, der eine beträchtliche Ausdehnung hat. Derselbe treibt zwei Walzen, zur Vorwärts- und Rückwärtsbewegung, an denen sich die Reibschaulen befinden. Diese sind nicht mehr besenartig, sondern aus elastischen Holzstäben zusammengesetzt, so daß die Geleise sogleich in ihrer ganzen Breite von Schnee und Eis gereinigt werden. Dieser Schnee-Dampfpflug wird nur bei Nacht in Betrieb gesetzt, wenn der Pferdebahnhof ruht. — Und wo bleiben die armen Leute, die während des Winters durch Schneeschuppen immer noch ein paar Groschen von der Pferdebahn verdienen? Der „Dampfpflug“ arbeitet gewiß billiger!

R. Eine muthige Patientin. Am Montag Abend gegen 7 Uhr erschien die unverehelichte Louise Kopp, Schönleinstr. 12 wof. III. wohnend, auf der Sanitätswache in der Adalbertstraße, um sich eine soeben zugezogene Verletzung des linken Armes verbinden zu lassen. Arzt und Heilgehilfe erschrafen aber nicht wenig, als sie nach Entfernung des blutgetränkten Tuches eine Wunde erblickten, die vom Handgelenk bis zum Ellenbogen reichte und bis auf den Knochen drang. Das Fräulein war, ein Weißbierglas in der Hand, die Treppe hinunter gestürzt, und die Scherben des zertrümmerten Glases hatten ihren Unterarm auf das Entsetzliche zerfleischt. Verschiedene Stücken Glas steckten noch in der Wunde und mußten jetzt unter großen Schmerzen behutsam entfernt werden. Nicht weniger als 23 Nadeln wurden zum Zuziehen der Wunde verwendet und neun Liter verdünntes Karbolwasser zum Reinigen und Ausspülen derselben verbraucht. Während der ganzen

Operation, die ein und dreiviertel Stunden dauerte, gab die muthige Dame kein Zeichen von Schmerz von sich und sah ruhig zu, die geschickten Hände des Arztes. Leider sind mehrere Schnitte durchschnitten, so daß Fel. R. zeitweilig einen steifen Arm behalten wird. Nach beendeter Operation hatte die Dame noch so viel Kraft, sich allein nach ihrer Wohnung zu begeben, wo sie sich weiter behandeln lassen wird.

r Die vielverwendeten Hundegespanne haben auch ihre großen Nachteile für die Hundebesitzer sowohl, wie für den gesamten Straßenverkehr. Am Montag Abend hielt ein solches Hundegespann in der Prinzenstraße, das mit verschiedenen Holzwaaren beladen war. Der Hieb, der sich plötzlich gelagert hatte, wurde plötzlich durch ein anderes Pferd verfehlt, dessen Pferd unmittelbar vor ihm hielt. Als die Führerwerke unbeaufsichtigt waren, vertrieb sich der Hund die Langeweile damit, den vor ihm stehenden Gaul so lange anzubellen, bis dieser weiter ging und seinen Wagen in das Hundehufeisen hineinfuhr, so daß dessen Inhalt auf die Straße fiel und unter die Räder gerieth; selbst der herbeispringende Fahrer gerieth in eine bedenkliche Lage. Von den umgestürzten Holzwaaren waren viele zertrümmert und anderweit beschädigt. Ueber diese Nachtheile der Hundefuhrwerke für unseren Straßenverkehr wird von den Führern der Pferdeuhrwerke lebhaft Klage geführt; derartige Unfälle sind häufig und der Schaden muß meist von den Geschädigten getragen werden, gleichwohl denselben eine Schuld an dem Unfälle trifft oder nicht, da es gewöhnlich schwer ist, den Schuldigen festzustellen.

R. Rißlungene Jagd. Seit einigen Tagen hatten die mit ihren Obstkämen im Kanal haltenden Schiffer an die mächtige Fischotter bemerkt, die sich vorzugsweise an der Dranienbrücke zeigte. Zu ihrem Fang hatten sich am Montag Mittag mehrere Schiffer vereinigt und sich dazu mit Seilen und Haken aller Art bewaffnet. Man durchsuchte sammeltene Ecken und Winkel, das schlaue Thier war aber nicht anzu treffen und die mit so großem Eifer begonnene Jagd endlich resultatlos. Man wird jetzt überall, wo sich die Otter gezeigt hat, Rege legen und hofft, wenigstens auf die Otter noch die Deute zu erweisen.

Theater.

Opernhaus.
Heute: Die Jungfrau von Orleans.
Schauspielhaus.
Heute: Die Nachtwandlerin.
Deutsches Theater.
Heute: Ein Tropfen Gift.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Heute: Offenbach-Cyclus. Cepheus in der Unterwelt.
Residenz-Theater.
Heute: Theodora.
Ballner-Theater.
Heute: Unter uns. Hierauf, zum 7. Male: Der Vielgeliebte.
Belle-Alliance-Theater.
Heute: Kritz-Portig.
Walhalla-Operetten-Theater.
Heute: Don Cesar.
Viktoria-Theater.
Heute: Messalina.
Central-Theater.
Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Grnk.
Heute: Zum 116. Male: Die wilde Rabe. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Steffens.
Bonifantstädtisches Theater.
Direktion: Jos. Firman.
Heute: Alessandro Stradella.
Ostend-Theater.
Heute: Die Pariser Bluthochzeit.
Königstädtisches Theater.
Heute: Gastspiel der Illiputaner. Die kleine Baronin.
Theater der Reichshallen.
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
American-Theater.
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Kaufmann's Varieté.
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia.
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatraleische Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.
Heute und folgende Tage:
Berlin,
wie es weint und lacht.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten und 10 Bildern von C. F. Berg und D. Kallisch. Regie: Herr A. Seefeld.
Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bonds haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Maehr's Casino.

Dranienstraße 24. Raunynstraße 65a.
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Auftreten des berühmten Nigron-Linzerpaars Geschwister Kootnik, des Transformationskünstlers Orn. Hoffstall, des urkomischen Willms, der Wiener Duettisten Geschwister Franke, der Chansonetten Fel. Büren, Lazarini, Krüger, sowie Spezialitäten L. Ranges. Näheres die Tagesprogramme. Wochentags Anf. 8 Uhr, Sonntags Anf. 6 Uhr.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Eine Wanderung durch Afrika. Savoyen und eine bequeme Montblanc-Besteigung. Vertba-Reise. Karolinen-Palau-Inseln u. a. Reise 20 Bg. Kinder nur 10 Bg. Familienbillets. [2820]

Pränscher's

anatomisches Museum

im rothen Schloss
von 9 Morgens bis 10 Abends für erwachsene Herren.
Freitag ganzer Tag **Damentag.**

Die Arbeiter der Metallschrauben- u. Facondreher- und Verursagen. des Herrn G. A. Stelzner, Melchiorstraße 23, Berlin, befinden sich im Streik und bitten wir daher die Kollegen unserer Branche, den Bezug von dieser Fabrik fern zu halten.
Die streikenden Kollegen.

Große öffentl. Versammlung der Mäntelnäherinnen

am Mittwoch, den 25. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, in Gräß's Salon, Brunnenstraße 140.
Die Arbeiterinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die dabei theilnehmenden Herren Kaufleute und Schneidermeister haben als Gäste Zutritt.
Im Auftrage der Fachkommission: Rosa Bäge. A. Brandemann.

Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen.

Donnerstag, den 26. November, Abends 8 Uhr,
Versammlung
in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Litgenau über: „Was sollen unsere Mädchen lernen.“ 2. Diskussion. 3. Fragelasten. 4. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
[49] Der Vorstand.

Mittwoch, den 25. November, Abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung
sämtlicher Böttcher-Gesellen Berlins
im Saale der Wittwe Heise, Vichtenbergerstr. 21.
Tages-Ordnung:
Wie verhalten wir uns gegenüber denjenigen Meistern oder Arbeitgebern, welche den vereinbarten Tarif nicht halten? Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Gleichzeitig werden die Kollegen aufmerksam gemacht, daß ohne Karten Niemand Zutritt hat.
Im Auftrage der Lohnkommission: Fr. Holtmann, Vors.

Vierte öffentliche Quittung.

30 M. vom Fachverein der Schrauben- und Facondreher; 7,10 M. vom Arbeiter-Bezirksverein der Dranienburger Vorstadt und des Wedding (Zeller-Sammlung); 10 M. von dem Fachverein der Drechsler zu Leipzig; 20 M. (zweite Rate) von den Hamburger Gewerkschaften; 9 M. (zweite Rate) von den Lübecker Gewerkschaften erhalten zu haben, beschönigt. Allen Gebern unsern besten Dank.
Die Lohnkommission
der Drechsler und verw. Berufsge nossen zu Berlin.
J. A.: Der Vorsitzende Robert Sander mann, Gilt schinerstr. 61, 1 Tr.; der Kassier Karl Buchmann, Raunynstraße 4, 3 Treppen.

Zur Beachtung! Wir richten an alle diejenigen, welche Quittungslisten von und erhalten haben, das dringende Ersuchen, dieselben so schnell wie möglich an die oben Bezeichneten einzusenden! — Die Generalversammlung findet bestimmt am 2. resp. 3. Dezember statt. — Wir ersuchen, die obige Notiz zu beachten und weiter zu verbreiten!
[52]

Bürsten- und Pinsel-Fabrik von W. Heyfelder,

Ar. 7. Dresdener-Str. 7.
empfiehlt sein eigenes Fabrikat zu soliden Preisen. Frisch- und Staub-Kämme in Gummi, Holz- und Elfenbein. Fensterleder, Schwämme, Zahn- und Nagelbürsten. Spezialität: Piaffava-Beifen zur Straßen-, Hof- u. Stall-Reinigung.

Leihhaus Ausverkauf.

72 Jägerstrasse 72
zwischen Kanonier- und Nauwerstraße.
Verfallene hochelegante neu und wenig getragene Garderobe:
12000 Winter-Überzieher,
streng modern ff. Stoffe von 10-30 Mk.
u. Jaquet-Anz., neu, v. 15
b. 38 Mk. 5000 Damen-
u. Mädchen-Mäntel, 3000 hoheleg. Vurschen- und Knaben-Anz., 5000 Röcke, ff. schwarze Anz., Hosen, West. Leibr., Jaquets, Uhren, bis. Golds., Kaisermäntel und Hausdienersachen, sollen spottbillig für den 3. Theil des realen Wertes ausverf. werd., täglich, auch Sonntags, v. 8-8. Auf Wunsch Theilzahlg. Billigste Beleid. größerer Werthsch. Man hüte sich vor falschem Leihhaus-Ausverkauf und lasse sich durch deren Anreißer nicht irre führen, sondern achte genau auf obige Firma.
Polizeil. conc. Leihhaus.

Do heißen Sie? In der alten Pommerschen Küche b. Reitz, jetzt Dranienstraße 181, Hof
Gediegener Mittagstisch
mit Bier 50 Pf. Abendstisch in großer Auswahl von 30 Pf. an. Regener Aufenthalt mit Billard.

Cigaretten- und Tabak-Handlung

von **Ferdinand Ewald**
(Vertreter: A. Bremer),
BERLIN N., Weinbergsweg 15b.
Lager aller Sorten Rauch-, Rau- und Schnupftabak.
Cigaretten und Präsent-Cigaretten. [2838]

C. Götzmann, Uhrmacher,

Dresdenerstrasse 9,
zu Kottbuscher Thor u. Dranienplatz.
empfehlen sein reichhaltiges Lager von Reparatoren, 14 Tage gebend, folgende Werke, von 20 Mark an:
Gold- u. Silberuhren von 3 Mark an,
Silbernen Cylinder-Uhren von 16 Mark an,
Silbernen Remontoir-Uhren von 25 Mark an,
Goldenen Damen-Remontoir-Uhren 14-tägig, von 40 Mark an.
Reparaturen bei 2-jähriger Garantie.
Cylinder reinigen . . . 1.50
do. neue Feder . . . 2.00
Regulator reinigen . . . 2.00
Regulator m. Schlagwerk reinigen . . . 1.00
Wanduhr reinigen . . . 1.00
do. m. Schlagwerk reinigen . . . 1.50

Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstr. 44.

Der Neue Welt-Kalender für 1886.

Aus dem reichen Inhalt haben wir hervor: Vergleichende statistische Uebersicht der deutschen Reichstagswahlen von 1881-1884. — Moorland. Erzählung von H. Schwedel. — Matrosen-Philosophie. Von Reinhold Werner. — Aesthetik, Komiken und Sternschnuppen. Von Otto Köpfer. — Broben im Wald. Erzählung von B. Jensen. — Der Schlangenspieler. Erzählung von B. Gumpel.

Als Gratulationsgaben:
1. Der erste Juhl. 2. Erste geistig?
2. Der alte Feiler. 3. Aber Herr Nachbar?
1 Monatsender.

Preis 50 Pfennig.
Stuttgert. J. S. W. Fischer.

Zu haben in der Expedition Zimmerstr. 44.
1 frdl. Schlafst. m. sep. Eing. b. Lucht, Solmsstr. 88, C. M.
Arbeitsmarkt.
Geübte Stuhlrechterinnen werden verlangt bei Herkau, Staligerstr. 105, part.
60 Ein Lehrling zur Schlosserei wird verlangt Adalbertstraße 26.
46 Hierzu eine Beilage

Wahlresultate.

Bei der gestern von der 3. Wählerabtheilung vollzogenen Stadtverordnetenwahl erhielten:

- 3. Wahlbezirk: Kojahn (Arbeiterpartei) 20, Tempelin (Liberaler Partei) 783, Gerold (Bürger Partei) 896. Gewählt: Gerold.
- 8. Wahlbezirk: Röske (N. P.) 263, Portmann (lib. P.) 761, Baderbach (B. P.) 757, Nothensee (B. P.) 25. Stichwahl zwischen Portmann und Baderbach.
- 10. Wahlbezirk: Krobm (N. P.) 359, Mühlberger (lib. P.) 64. Stichwahl zwischen Mühlberger und Meyer.
- 12. Wahlbezirk: Singer (N. P.) 1137, Kullig (lib. P.) 264. Gewählt: Singer.
- 14. Wahlbezirk: Mitau (N. P.) 883, Grelling (lib. P.) 393. Gewählt: Mitau.
- 19. Wahlbezirk: Rubell (N. P.) 275, Schem (lib. P.) 702. Gewählt: Schem.
- 21. Wahlbezirk: Herfeld (N. P.) 118, Grabe (lib. P.) 136. Gewählt: Grabe.
- 25. Wahlbezirk: Franke (N. P.) 289, Dr. Gerstenberg (B. P.) 200, Krampf (B. P.) 333. Stichwahl zwischen Franke und Krampf.
- 26. Wahlbezirk: Rokit (N. P.) 435, Koblert (lib. P.) 727. Stichwahl zwischen Koblert und Rokit.
- 28. Wahlbezirk: Steindorff (N. P.) 159, Haefede (lib. P.) 811, Gremer (B. P.) 448. Gewählt: Haefede.
- 32. Wahlbezirk: Schulz (N. P.) 354, Fleischer (lib. P.) 656. Stichwahl zwischen Fleischer und Hoffmann.
- 34. Wahlbezirk: Böhl (N. P.) 478, Sellriegel (lib. P.) 389. Stichwahl zwischen Böhl und Sellriegel.
- 38. Wahlbezirk: Kojahn (N. P.) 136, Bluth (lib. P.) 403. Stichwahl zwischen Bluth und Kojahn.
- 40. Wahlbezirk: Ballmüller (N. P.) 237, Geride (lib. P.) 772. Stichwahl zwischen Müller und Geride.

Politische Uebersicht.

Zu dem serbisch-bulgarischen Kriege neigt sich der Sieg immer mehr den Bulgaren zu. Wie wir bereits im ersten Blatt meldeten, gelang es den Bulgaren, die Serben aus den wichtigsten Positionen am Dragoman Pass zu vertreiben. Eine Depesche aus Sofia meldet nun: Nachdem die Truppen in der vergangenen Nacht in den eroberten Positionen bivouacirt hatten, begannen sie heute früh den Kampf wieder, verfolgten den Feind und besetzten Paribrod. — Paribrod liegt nur noch 5 Kilometer von der serbischen Grenze, somit drücken die Bulgaren bereits serbisches Gebiet betreten haben. Die serbische Armee scheint indes noch immer vor der bulgarischen Stellung Widdin zu stehen. Einer in Sofia eingetroffenen Privatmeldung zufolge soll Widdin sogar von den Serben in Brand geschossen sein. Die Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Aus Konstantinopel, 24. November meldet der Telegraph: Die gestrige Konferenzung der Vorkämpfer war nur eine Schein- und ergebnislose, da der englische Bevollmächtigte White noch ohne Instruktionen bestand. Die nächste Sitzung soll am Freitag stattfinden. — Der Kaiser von Bulgarien hat in seiner Antwort auf die türkische Note vom 21. November, in welcher die Pforte einen Waffenstillstand zum Vorschlag gemacht, den letzteren als sein Land verteidigender Soldat und nicht als der Ehre und Würde der bulgarischen Armee gegenüber abgelehnt. Namentlich nach dem ungeredeten Angriff Serbiens, nach den von bulgarischer Seite gebrachten Vorwürfen und dem vergessenen Blute will Kaiser Alexander von Bulgarien den Waffenstillstand erst auf serbischem Gebiete hören und nicht schließlich, die Frage der Entsendung eines Kommissars bis nach dem Kriege zu vertragen. — Man sieht, dem Bulgarenfürsten wächst der Mut!

Die Pforte hat der griechischen Regierung eine Note zugehen lassen, in welcher sie um Aufklärung wegen der Unthätigkeiten ersucht.

Das „Journal de St. Petersbourg“ glaubt zu wissen, daß auf Anregung Rußlands ein Schritt der Mächte, die Einberufung der Feindseligkeiten herbeizuführen, unmittelbar bevorsteht.

Eine Nachwahl zum Landtage, an Stelle des doppelt gewählten Professor Sneyff, fand gestern in Magdeburg statt. Der Kandidat der Nationalliberalen, Seuffardt, welcher in Kreize des Ultramontanen unterlag, wurde mit 223 abgewählten Stimmen einstimmig gewählt.

Breslau, 24. November. In dem Prozesse des Fiskus wider den Reichstagsabgeordneten Krüger wurde heute das Urtheil veröffentlicht, wonach der Fiskus mit seinem Klageantrage abgewiesen wird, weil Artikel 32 der Verfassung ein Verbot der Diktandenannahme aus Privatmitteln nicht enthält.

Dänemark.

Kopenhagen, 24. November. Der Vizepräsident des Reichstages, Redakteur Sörup, ist wegen einer in einem Artikel der Zeitung „Politiken“ ausgesprochenen Majestätsbeleidigung zu Gefängnis von 6 Monaten verurtheilt worden.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 24. November, 12 Uhr.
Am Tische des Bundesrathes v. Voeltcher, v. Burchard, v. Stephan und zahlreiche Kommissarien.
Eingegangen sind der Bericht über die von der preussischen, sächsischen und hamburgischen Regierung auf Grund des Sozialengesetzes getroffenen Anordnungen und eine Denkschrift über die Nachweisung der im laufenden Etatsjahr in Kamerun, Togo und Angola Bequena geleisteten und noch zu leistenden Ausgaben von 248 000 M. (Nach der Denkschrift hat der Gouverneur von Kamerun durch provisorisch in Kraft getretene, zur Zeit noch der Prüfung im Auswärtigen Amt unterliegende

Borordnungen die Erhebung eines Ausfuhrzolles für Palmöl und Palmkerne, die Erhebung einer Lizenzenabgabe auf den Handel mit Spirituosen eingeführt und für die Abende und den Hafen von Kamerun eine Loosordnung erlassen.)
Das Haus tritt in die erste Beratung des Etats für 1886—87 und des Anleihegesetzes ein.

Schatzsekretär v. Burchard: Das vorjährige unerfreuliche Bild unserer Finanzlage hat sich seitdem in mehr als einer Hinsicht günstiger gestaltet. Zunächst sind durch die Novellen zum Polltaxi und Stempelgesetz wesentlich erhöhte Einnahmequellen erschlossen, welche dem Reich und den Bundesstaaten zu Gute kommen werden, und zwar nicht nur für das künftige Etatsjahr, sondern schon für das laufende; und selbst für das abgelaufene haben sich durch Borrathseinführen während der Beratung der Novellen die Einnahmen wesentlich günstiger gestaltet. Außerdem ist aber auch der Abschluß für das abgelaufene Rechnungsjahr dadurch viel besser geworden, als ich im vorigen Jahre voraussagen konnte. Die Ausgaben 1884/85 haben mit einem Mehr von drei Millionen abgeschlossen, eine Million höher, als ich sie geschätzt hatte. Doch haben sich auch die Einnahmen, sowohl die, welche dem Reich verbleiben, als die den Bundesstaaten zuzuführenden, ganz erheblich gehoben. Die Verbrauchsteuer hat ein Mehr ergeben von 2 273 000 M., ein sprechendes Zeugniß für den im verflochtenen Rechnungsjahre wesentlich gesteigerten Bierkonsum. Die Branntweinsteuer hat ferner 3 767 000 M. über den Vorschlag gebracht. So willkommen aber diese Mehreinnahme finanziell auch ist, so wenig ist sie wirtschaftlich mit Freuden zu begrüßen, da sie dadurch entstanden ist, daß die Ausfuhr von Branntwein getadelt worden. Bei der Post- und Telegraphenverwaltung hat sich ein Ueberschuß von 680 000 Mark, bei den Reichs-Eisenbahnen ein noch höherer von über 1 Million Mark ergeben. Diesen Mehr-Einnahmen stehen nun Mindereinnahmen gegenüber bei der Rübenzuckersteuer, bei den Ackerseiden, in geringerem Umfang auch beim Banthwesen, im Ganzen 15 Millionen Mark. Bei der vorjährigen Schätzung nahm ich an, daß der Anleiheausgabe sich noch erheblich höher, auf 21 Millionen, stellen würde, in der Voraussetzung, daß bei den Baarzahlungen auf die Rübenzuckersteuer auf erheblich höhere Beträge nicht zu rechnen sein würde; tatsächlich aber sind Baarzahlungen in viel höherem Betrage eingegangen, und daraus resultirt die Verminderung des Ausfalls auf ca. 14 1/2 Millionen. Im Ganzen ergibt sich hiernach ein Fehlbetrag pro 1884—1885 von 5 735 000 M., der im nächsten Etat seine rechnungsmäßige Deckung zu finden haben wird. Der Abschluß des Jahres stellt sich somit gegen die vorjährige Schätzung bezüglich der eigenen Einnahmen und Ausgaben des Reiches um 8 1/2 Millionen günstiger. Im Ganzen ergibt sich für das laufende Jahr eine Mindereinnahme von 10 900 000 M., der eine Ausgabeersparnis von 5 720 000 M. gegenübersteht; der Fehlbetrag wird also voraussichtlich 10 350 000 M. erreichen. Von den Einzelstaaten zu überweisenden Einnahmen ist bei der Tabaksteuer die Erreichung des Soll bis auf etwa 200 000 M. zu hoffen. Der Betrag der Zölle und Stempelabgaben ist sehr schwer zu überschätzen wegen der durch die Novellen veranlaßten Veränderungen aller Rechnungsgrundlagen. Bei den Zöllen ist auf einen Mehretrag von 25 700 000 Mark zu rechnen. Für die noch schwierigeren Schätzung des Mehretrags der Stempelabgaben hat man schließlich auf das Urtheil zuverlässiger und sachkundiger Personen rekurriren müssen, welche den Mehretrag auf jährlich 10 000 000 M., für das laufende Jahr auf 5 500 000 M. veranschlagen. Unter Zurechnung der Ackerseiden ergibt sich hiernach, daß die Summe der Ueberweisungen um rund 31 1/2 Millionen die Voraussetzungen des Etats überschreitet. Bleibt man hiernach die Bilanz des laufenden Jahres so stellt sich einem Fehlbetrag von 10 1/2 Millionen eine um 31 1/2 Millionen gesteigerte Ueberweisung an die Seite, so daß die Verbesserung gegen den Etat im Ganzen voraussichtlich 21 Millionen betragen dürfte. Ueber den Umfang, in welchem auf Grund des Gesetzes vom 13. Mai 1885 betreffend die Verlängerung der Rübenzuckersteuer diese Verlängerung verlangt worden ist, kann ich mittheilen, daß von der Gesamtsumme von 104 600 000 M., für welche der verlängerte Kredit hätte in Anspruch genommen werden können, er nur für 31 800 000 M. = 30,4 pCt. in Anspruch genommen wurde.

Der Etat für 1886/87, zu dessen Beleuchtung ich mich nunmehr wende, erhält sein Gepräge durch folgende Zahlen: Die Erhöhung der Matrulabträge beträgt 2 1/2%, die Erhöhung der Ueberweisungen 53 1/2 Millionen, demnach stellt sich die Bilanz der Einzelstaaten gegen das Vorjahr günstiger um 32 Millionen. An der Erhöhung des Extraordinariums ist ebenfalls hervorragend das Heresbudget theilhaftig; im ordentlichen Etat werden 4 678 000 M., im außerordentlichen, namentlich für Bauten in Cassel-Lothringen, 1 086 000 M. erbeten. Die erste Rekrutierung ist wesentlich die Folge zweier großer Maßregeln, der Vermehrung der Reservenvorräthe und der Beschaffung von Verbandmitteln und anderen Gegenständen behufs Durchführung der antiseptischen Wundbehandlung. Die Hauptaufgaben der Steuerreform liegen nunmehr auf dem Gebiete der inneren Verbrauchsabgaben. Die Reform der Zuckersteuer wird ja vielleicht auch dem Reiche erhebliche Beträge einbringen; es ist aber doch nicht die Aufgabe der Reform, für das Reich besonders hohe Erträge zu schaffen. Sollen die zahlreichen übrigen Bedürfnisse des Reiches, die nun schon allzulange zurückgestellt sind, endlich befriedigt werden, so wird es geboten sein, auf dem Gebiete der Tabak- und Getränkesteuer dem Reiche wesentlich verstärkte Einnahmen zuzuführen. Zunächst ist eine wesentliche Erhöhung der Einkünfte aus dem Branntwein ins Auge gefaßt; sofern diese gelingt, ohne die Interessen der Spiritusverzeugung zu gefährden, so wird damit den Wünschen und Forderungen aller Theile entsprochen.

Abg. v. Duene: Daß das Bild des vorjährigen Etats sich günstiger gestaltet hat als der Schatzsekretär vorausgesetzt, ist als Folge und Wirkung der neuen Steuern ganz selbstverständlich. Man kann überhaupt nicht gut von einer günstigen oder ungünstigen Finanzlage des Reiches sprechen, da seine Einnahmen und Ausgaben nicht in sich abgeschlossen sind und man die Frage immer so stellen muß: wie sieht die gesamte Finanzlage der Einzelstaaten und des Reiches zusammen? Wir haben im Reiche eigentlich nur die Ausgaben. Wir werden auch in diesem Jahre dahin streben müssen, die dem Reiche übertragene Verwaltung möglichst sparsam einzurichten, möglichst viele Ueberschüsse für die Reichskasse abzuliefern und von den überweisenden Summen der Einzelstaaten möglichst wenig zurück zu verlangen. Erst wenn wir dies erreicht haben, sind wir auf einen grünen Zweig gekommen. Die Kolonialpolitik fordert einen Aufwand von 5 400 000 Mark. Solche Zahlen werden dem größten Enthusiasten klar machen, daß man in diesen Dingen mit einer gewissen Ruhe vorgehen muß. Da ich gerade von der Kolonialpolitik spreche, so möchte ich hier eine Frage stellen, die für viele Kreise meiner politischen Freunde ein Interesse hat, die Frage des Risikowesens. Die

Sache gehört ja eigentlich nicht hierher, und darüber, wie sie am besten liegt, sind wir noch nicht im Klaren. Hier glaube ich nur sagen zu sollen, es macht einem die Bewilligungen besonders schwer, wenn man die vollen Pflichten erfüllen soll, ohne daß die Rechte, für die man sich interessiert, gewährt werden, und wenn die Herren wünschen, daß wir einigermaßen gute Laune haben sollen bei der Bewilligung für die Kolonialpolitik, dann verheßen Sie uns zu unserem Recht. (Aha! recht.) In der geschäftlichen Behandlung des Etats stimme ich dem von anderer Seite vorbereiteten Antrag auf Ueberweisung einzelner Kapitel und Titel an die Budgetkommission zu. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter: Ich habe aufgehört, warum der Herr Schatzsekretär das Bild dieses Etats weniger unerfreulich findet als das des Vorjahres und entdeke nichts weiter als ein Defizit von 5 700 000 M. im Jahre 1884/85 und für das laufende nach seiner Darstellung eins von 10 300 000 M. Wenn ihm die Verdoppelung des Defizits weniger unerfreulich erscheint, so stellt er an die Freude bescheidenere Ansprüche als irgend einer seiner Vorgänger. Für das abgelaufene Jahr hatte er ein größeres Defizit erwartet. Wenn es geringer war, so war das nicht etwa die Folge wirtschaftlicher Besserung, sondern ein einfaches Kasinoverhältniß, wie er es selbst dargestellt hat: Das abgelaufene Finanzjahr 1884/85 hat dem laufenden weniger Einnahmeverluste an Rübensteuer hinterlassen, es hat mehr als ein anderes Jahr selbst einleitet; um so viel das erste Defizit geringer war, um so viel größer wurde das zweite, für den Kaiser vielleicht ein sehr erfreuliches Bild, für den Finanzmann eine ganz gleichgültige Verschiebung der Einnahmen, die das eine Jahr etwas günstiger, das andere etwas ungünstiger erscheinen läßt. Unsere Stellung zur Zucker- und Branntweinsteuer ist bekannt. Aber gegenüber dem Bestreben, fortgesetzt die Einnahmen der Steuern zu erhöhen und unter dem Namen der Reform nur Blutmacherei zu treiben, werden wir mehr als je an dem Grundsatze festhalten, daß eine Erhöhung der Steuereinnahmen nur zu erfolgen hat unter gleichzeitiger Entlastung einer anderen Steuerbelastung Zug um Zug. Denn welche einzelne Steuerform man auch empfehlen mag, schließlich wird jede aus ein und demselben Fag des Volkshaushalts gezahlt. Es kommt mir vor, als ob in diesem Jahre mehr Neubauten auf dem Gebiete der Militärverwaltung in Angriff genommen würden, als in irgend einem Jahre zuvor. Alle abgethanen Bauten aus dem Vorjahre erscheinen wieder. Die erste Bewilligung einer Garnisonkirche im Vorjahr scheint Muth gemacht zu haben, militärische Kirchenbauten zu beginnen. Für Stralsund ist der Bau einer Millionenkirche in Aussicht genommen. Auf der andern Seite werden 7 bis 9 Millionen für die Bewaffnung verlangt. Wir sind gewöhnt zu erwägen, daß Deutschland in der Verbesserung der militärischen Technik nicht hinter den anderen Staaten zurückbleibt. Die Fortschrittspartei hat selber für diesen Zweck kolossale Summen bewilligt. Ich selbst habe vor 10 bis 12 Jahren mitgewirkt bei den Vorlagen, die eine Umgestaltung des Festungsbaues, unserer Geschütze und unseres Gewehrmaterials bezweckten. Um so mehr haben wir Anlaß, den Forderungen engere Grenzen zu ziehen, die nicht unmittelbar mit der besseren Ausrüstung zum Kriege zusammenhängen, die nicht in diesem Jahre geleistet werden müssen. Bei der ersten kolonialpolitischen Erörterung bemerkte der Reichskanzler selbst, wie die beschränkte Ausdehnung unserer Küste und unserer seemannischen Bevölkerung der Entwicklung der Marine natürliche Grenzen ziehe. Schon bisher vermochte die seemannische Bevölkerung allein nicht den Bedarf für die Marine zu stellen. Jetzt muß noch weiter ge-griffen werden in Bevölkerungskreise, welche aus den Binnenprovinzen herkommen, deren Ausbildung für die Marine natürlich um so viel schwieriger wird. Die amtlichen Nachweise sagen ja selbst, daß der Aufenthalt auf Schulschiffen, der sonst auf 6 Monate berechnet ist, für diese Leute ein Jahr dauern muß, und daß die Ausbildung eine so schwierige ist, daß auf 100 Auszubildende 140 bereits ausgebildete auf einem Schulschiffe sich aufhalten müssen. Für den Kriegsfall wird die Sache noch um so schlimmer, als diese ganze Entwicklung unserer Marinepersonal eine Vermehrung der Kapitulant und Angeworbenen darstellt im Verhältniß zu denen, die ihrer Wehrpflicht genügen. Dadurch wird im Kriegsfalle natürlicher Weise die Heranziehung nur in geringerem Maße möglich. Man sagt uns — und das mag ja wohl richtig sein — daß wir auf der Landkarte jetzt von anderen europäischen Staaten unangefochtenen Besitz ein Kolonialgebiet haben, das größer ist, als Deutschland selbst, es ist uns auch angeflügelt worden, die Vorsage von Weiß- oder Blaubüchern, welche über die internationale Anerkennung dieses Kolonialbesitzes Auskunft geben sollen. Ich zweifle nicht, daß die neuen Blaubücher ebenso wie die früheren Zeugniß ablegen von der großen diplomatischen Gewandtheit, von dem großen Scharfsinn, von dem Fleiß und dem Eifer, mit welchem der Herr Reichskanzler diese Fragen bis ins Einzelne im Interesse Deutschlands den anderen Staaten gegenüber befolgt. Aber was beweist die Leistungsfähigkeit des Herrn Reichskanzlers als Diplomat im Dienste seiner Kolonialpolitik für den Werth dieses Kolonialbesitzes an sich? Ich möchte nicht mißverstanden werden. Man entgegne mir nicht: es ist erst ein Jahr verfloßen, was erwartest Du von diesem einen Jahre? Das liegt mir auch vollständig fern; ich habe nie geglaubt, auch nicht für möglich gehalten, daß etwa bis heute eine große Kultur sich dort entwickeln werde, oder daß irgend welcher wirtschaftliche Nutzen ziffermäßig in die Augen springen würde. Nein, darum handelt es sich heute gar nicht; das, um was es sich bei dem Vergleich handelt, kann einzig und allein das sein: was wissen wir heute über die Kolonien mehr als im Vorjahre, in wie weit haben sich in diesem Jahre unsere Informationen vervollständigt über die Aussichten und Hoffnungen auf die Entwicklung dieser Kolonien für die Zukunft? Da muß ich nun sagen: wer spricht heute noch von Angola Bequena, von Lüderitzland und von Lüderitz? Das ist ein ganz verträgliches Geschäft, und das, was ich am ersten Tage, wo von Kolonialpolitik gesprochen wurde, bemerkte, daß Angola Bequena nichts ist, wie ein des Sandloch, das beitreteit heute Niemand, zu bedauern sind nur die armen drei Beamten, die jetzt dort unsere Flaggenstange auf dem öden Sandmeere bewachen müssen. (Weiterkeit links.) Weiter, bieten etwa die Verhältnisse von Kamerun nach den neueren Informationen irgend eine bessere Aussicht auf Entwicklung? Nach diesen können wir gar nicht wünschen, daß das, was den Haupttheil des Handels dort ausmacht, die Branntweinausfuhr, sich überhaupt noch weiter entwickeln möchte. In der Beziehung hat uns ja der Kongreß der Missionsgesellschaften in Bremen eine schätzenswerthe Auskunft gerade in diesen Tagen gebracht. Die Herren, die dort versammelt waren, sind gewiß nicht verdächtig, in Bezug auf die Kolonialpolitik voreingenommen zu sein, der Herr Reichskanzler hat auch ihre Autorität insofern anerkannt, als er einen Regierungskommissar entsandt hat, um ihren Konferenzen gerade

in Bezug auf die Kolonialpolitik bezuwohnen. Diese Herren haben nun in Resolutionen übereinstimmend festgelegt, daß ein großer Teil des von Deutschland dorthin ausgeführten Branntweins gesundheitschädlich gemischt ist, und haben den Herrn Reichskanzler ersucht, auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes gegen diese Ausfuhr eines mit gesundheitschädlichen Stoffen versetzten Branntweins einzuschreiten. Diese Kommission hat auch einen Aufruf erlassen, worin sie alle Deutschen ersucht, den Kommissionen beizustehen, um von Deutschland die Schmach abzuwenden, bei anderen Nationen als Verderber heimischer Völker zu gelten. In Bezug auf Ostafrika liegen freilich die Verhältnisse nicht so; da schlägt uns gegen eine solche verderbliche Branntweinausfuhr nicht das Christentum der Kaufleute, sondern der Muhammedanismus, der dort im Gegensatz zu Westafrika maßgebend ist. Aber eine noch größere Schmach als diejenige, von der eben die Kommission in Bezug auf die Branntweinausfuhr reden, würden wir Deutsche auf uns laden, wenn wir gestatten wollten, was die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft sich erdreistet zu verlangen, daß unter der schwarz weiß rothen Flagge die Sklaverei dort geduldet wird, und daß mit der Peitsche die Neger in den deutschen Kolonialgebieten angehalten werden zur Zwangsarbeit. (Hört!) Und doch wird von jener Seite uns versichert, daß diese ganzen ostafrikanischen Besitzungen keinen wirtschaftlichen Wert haben, wenn nicht eben diese Zwangsarbeit, diese Sklaverei der Neger stattfindet. Also, in Westafrika ein und nicht zu besonderer Ehre gereicher Branntweinhandel, dort in Afrika eine Möglichkeit der Entwicklung nur unter Einführung der Sklaverei und alle dem, was damit zusammenhängt. Der Herr Reichskanzler machte uns im Vorjahre zum Vorwurf, daß wir in Bezug auf die Kolonialpolitik jöhernd sind, dilatorisch, matt und lau. Ich weiß nicht, wenn er diesen Vorwurf noch heute erhebt, ob er noch irgend wie Anschlag finden würde in erheblichen Teilen der Bevölkerung. Im Gegenteil; die Stimmung hat sich entschieden in derselben Richtung entwickelt; die Bevölkerung steht jetzt gerade der Kolonialpolitik so gegenüber in weiten Kreisen, wie wir ihr damals gegenüber gestanden haben. Als er Herr v. Stauffenberg damals unseren Standpunkt klarlegte, betonte er, daß er auf diesem Gebiete die äußerste Vorsicht für angezeigt hielt. Wenn man uns einen Vorwurf machen kann, so könnte man ihn höchstens in der Richtung machen, daß wir nicht genug abweichend aufgetreten sind, daß wir bis zu einem gewissen Grade die Dinge haben sich entwickeln lassen, und daß die Deutschen im Stande sind, sich Vorstellungen über Kolonialpolitik zu bilden, nicht bloß aus Büchern, aus Reisebeschreibungen, nach Theorie und Phantasie, sondern an der Hand der Wirklichkeit, wie die Dinge wirklich beschaffen sind. Hoffen wir, daß dieses Lehrgeld uns nicht zuletzt allzu theuer kommen wird. Damals hat man einen gewissen Rahmen für die Kolonialpolitik aufgestellt, der dahin ging, daß man nicht künstliche Kolonialprojekte schaffe, daß man nur den Reichsschutz gewähren möge, wo schon Niederlassungen in dem entsprechenden Umfange der deutschen Handelsinteressen vorhanden sind. Damals erklärte Herr v. Stauffenberg, wir vermöchten nicht zu erkennen, ob nicht schon der Rahmen überschritten sei. Heute wird dies niemand leugnen, daß der Rahmen, den der Reichskanzler selbst aufstellte, weit überschritten ist. Meine Herren, Alles, was in Ostafrika vor sich gegangen ist, liegt völlig außerhalb des Rahmens der Kolonialpolitik. Wo sind denn da die Handelsunternehmungen gewesen als Grundlage für den Gebietserwerb? Eine Anzahl Junker sind von Berlin auf Abenteuer dorthin ausgegangen. Das ist das Ganze. Und die deutschen Handelsunternehmungen, die auf der Insel Sansibar wirklich bestanden, blicken mit sehr ungünstigen Augen auf dieses Vorgehen, weil sie davon nur eine Schädigung der älteren Handelsbeziehungen erwarten, aber durchaus keinen Nutzen. Und, meine Herren, wie steht es mit Kaiser-Wilhelm-Land in Neu-Guinea; dort wohnt heute noch kein Deutscher; da ist heute noch keine Spur von Handel auf dieser Insel; und der Schutzherr, Herr v. Hansemann, ist allerdings Handelsmann, hat aber bisher nicht mit Sachen gehandelt, die für die Papuas von Wert oder lässlich wären. Wo ist also da noch ein Zusammenhang der Kolonialpolitik mit Handelsunternehmungen, mit Niederlassungen, die eine kolonialpolitische Vervollständigung als eine natürliche Folge von Handelsniederlassungen erscheinen läßt? Aber es wird sich ja noch im Laufe dieser Session — eine Gelegenheit ist ja schon angekündigt — mehrfach Gelegenheit finden, auf diese Dinge zurück zu kommen. Bestatten Sie mir, noch mit einer allgemeinen Bemerkung zu schließen. Es ist ja mehrfach außerhalb im Lande die Ansicht verbreitet, als ob eine Erhaltung im Stande wäre, einen Etat von Grund aus umzugestalten, als ob sie im Stande wäre, die Finanzlage anders zu machen, als sie sich wesentlich in dem Etat darstellt. Diese Auffassung — das brauche ich für dieses Haus kaum zu sagen — ist eine durchaus unrichtige. Wenn wir auch hier und da einen Strich anbringen, hier und da einen Ton mildern, so bleibt doch der Etat des einzelnen Jahres immer ein Abbild der gesamten Finanzpolitik des Landes. In eine günstige Finanzlage werden wir nicht eher gelangen, als bis sich die gesamte Politik, die Wirtschaftspolitik die Finanzpolitik — an diese denke ich in erster Reihe — überhaupt ändert, und je früher das geschieht, je früher diese Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik eine andere Richtung annimmt, desto besser ist es. Schließt das nicht, nun, meine Herren, dann wird diese Finanzpolitik dieselbe Erfolge machen, wie andere Regierungssysteme in anderen Zeiten auch gemacht haben: diese Finanzpolitik wird zuletzt am Einmaleins scheitern. Es werden ihr Grenzen gesetzt werden, sie wird ein Ende nehmen müssen in Folge der zunehmenden Ueberbürdung des Landes mit neuen Steuern und in Folge der wachsenden Verwirrung der Finanzverhältnisse überhaupt. (Bravo! links.)

Schafsekretär v. Burchard: Der Herr Abg. Richter hat aus meinen Worten die Schlussfolgerung gezogen, ich hätte gesagt, daß eine wesentliche Erhöhung der Tabaksteuer in Aussicht genommen sei. Er hat daran Ausführungen geknüpft, es könne dies nur durch Einführung des Monopols geschehen. Diese Ausführungen beruhen auf einem Mißverständnis; ich habe gesagt, daß die hauptsächlichste Aufgabe der Steuerreform auf dem Gebiete der inneren Verbrauchssteuern liege, und ich habe nach der Rübenzuckersteuer als die übrigen Tabak- und Getreidesteuer bezeichnet, aber ausdrücklich hinzugefügt, wie ich nicht anders sagen konnte, daß zunächst die verbündeten Regierungen ihre Aufgabe darin sehen, aus dem Branntweinkonsum höhere Einnahmen zu erzielen. Ich habe also das gerade Gegenteil gesagt und nur im Allgemeinen das Gebiet bezeichnet, aus welchem höhere Einnahmen hergenommen werden könnten.

Abg. Freiherr von Malpahn-Gülz: Herr Richter hat zu Anfang und Schluß seiner Ausführungen wiederholt erklärt, daß die Vorlage des Etats wie in den Vorjahren ein Reichen für die von der kaiserlichen Regierung befolgte unrichtigen Politik sei. Wollen Sie es mir überlassen, hiergegen einen besonderen Widerspruch zu erheben. Ich glaube, daß es in Kurzem geschehen, ob Herr Richter oder die Regierung Recht hat. Wohl aber möchte ich ausdrücklich erklären, daß die verbündeten Regierungen nicht aus reinem Vergnügen die Steuern in die Höhe schrauben; denn so werden die Ausführungen des Herrn Richter vielfach im Lande verstanden. Der Etat hat im Uebrigen auch auf mich durchaus nicht einen sehr roßigen Eindruck gemacht, und die Ausführung des Herrn Schafsekretärs, daß der Etat eine wesentliche Besserung enthalte, entspricht nicht dem ersten Eindruck, den der Etat auf mich gemacht hat. Namentlich zwei Momente sind geeignet, die Schärfe eines Urtheils gegen den

Etat zu steigern. Jeder bildet sich zunächst sein Urtheil aus der wirtschaftlichen Lage heraus, in welcher sich das Land befindet, und da muß ich den beiden Herren Vorrednern Recht geben: die wirtschaftliche Lage im Lande ist zur Zeit noch auf ziemlich niedrigem Niveau. Ich denke, daß wohl hier und da ein Anfang zur Besserung erkennbar ist, aber ein roßiger Zustand ist entschieden nicht vorhanden. Von der Industrie kann ich aus eigener Erfahrung nicht sprechen, die Landwirtschaft aber befindet sich thatsächlich in Gegenden, die ich kenne, in einem Nothstande, ebenso, wie ich Ihnen im Vorjahre dies zu sagen mich veranlaßt sah. Trotz der guten Ernte leidet die Landwirtschaft unter dem erheblichen Druck der niedrigen Preisverhältnisse. Im vorigen Jahre haben wir einen wesentlichen Schritt in der Steuerreform gemacht, dadurch daß wir eine richtige Besteuerung der Börsengeschäfte herbeigeführt haben. Nun wollen die verbündeten Regierungen, wie es in der Thronrede heißt, auf dem Gebiete der indirekten Steuern mit weiteren Reformen vorgehen. Auch ich habe übrigens den Eindruck gehabt, daß der Tabak wieder in Angriff genommen werden solle, doch haben die letzten Ausführungen des Herrn Burchard zu meiner Befriedigung diesen Eindruck beseitigt. Was die Branntweinsteuer betrifft, so kann ich Ihnen zur Klarlegung meiner und meiner Freunde Stellung nichts Besseres sagen, als was ich im vorigen Jahre bemerkt habe. Ich bin persönlich geneigt, an und für sich aus dem Spiritus für die Reichskasse alles das zu machen, was möglich ist, aber wenn nur die Landwirtschaft nicht dabei zu sehr betroffen wird. Es sind ja allerdings große Flächen Landes dem Kartoffelbau zu Zwecken der Spiritusbrennerei dienbar, welche besser nutzbar gemacht werden könnten, aber es ist sehr zu bedenken, daß eine zahlreiche Bevölkerung ihren Erwerb davon hat, und vor allen Dingen darauf zu achten, daß bei einer Aenderung der Besteuerung die etwa sich ergebenden Folgen für den Kartoffelbau sich allmählig vorbereiten. Was die Besteuerungsfrage selbst betrifft, so muß ich zunächst die Vorlage abwarten, ehe ich Stellung dazu nehme. Bei der Reform wird weniger Rücksicht auf die Steigerung des finanziellen Ertrages zu nehmen sein, als darauf, daß die Industrie nicht zum Ruin getrieben wird, daß nicht durch die Form der Besteuerung die Errichtung von Fabriken erleichtert wird, welche aus anderen Substanzen Branntwein herstellen, den jetzt vorhandenen Fabrikanten noch Konkurrenz machen und die Produktion, deren wir reichlich, wenn nicht schon zu viel haben, noch steigern. Ich stimme durchaus dem bei, daß der Erwerb der neuen Kolonien und die moralische Verpflichtung auferlegt, in ihnen nicht neue Abgabengebiete für unseren Branntwein zu erblicken. Die Behauptung, daß man in Ostafrika unter dem Schutze des Deutschen Reiches Sklaverei treibe, kann nur auf einem Mißverständnis beruhen, das seine Erklärung in einer etwas ungeschickten Auslegung findet. Bezüglich der Zuckersteuer sind meine politischen Freunde bereit, mit den verbündeten Regierungen in die Beratung dieser Steuer einzutreten. Allerdings sind auf dem Gebiete der Zuckerindustrie normale Zustände auch jetzt noch nicht eingetreten. Ich glaube, daß es möglich sein wird, dem Reich aus der Zuckersteuer einen erheblichen Ertrag zu gewinnen, ohne daß dadurch die Rübenzuckerfabrikation benachteiligt wird. Die Rübenzuckerindustrie kann sehr wohl noch eine Ausdehnung ertragen, dagegen nicht der Brennereibetrieb. Die Sicherheit unserer Zustände, der Friede und die geachtete Stellung des Reiches nach Außen hin, sowie die Ausbildung der Jugend für das ganze Volk. Ihre Wirksamkeit wollen wir bilden und erhalten, dann, glaube ich, werden wir uns um das Wohl des Vaterlandes verdient machen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda: Der Herr Abg. v. Benda hat die Steigerung des Gesamtbudgets um 95 Millionen, d. h. 2 R. pro Kopf oder bei einer Familie von 5 Köpfen 10 R. pro Familie zugenommen. In relation zu höherem Verhältnis ist das Militärbudget angeschwollen. In allen bürgerlichen Kreisen, soweit es nicht Interessenkreise sind, habe ich übereinstimmend die Meinung gehört, jetzt ist's genug, der Reichstag muß umkehren, bis hierher und nicht weiter! Unterläßt der Reichstag, sein Veto einzulegen, dann wird er auch beim Volke den letzten Rest seines Ansehens einbüßen. Die Kolonialpolitik hat keinen Nutzen gebracht, nur daß die Ausgaben des Marineetat enorm gestiegen sind. Als der Abg. Richter dem Hause vorrechnete, was uns die Kolonialpolitik kostet, war ich darauf vorbereitet, aus dem Hause einen allgemeinen Protestschrei zu vernehmen und mußte erstaunt sei, daß auf allen Seiten völlige Ruhe herrschte, ja, daß diese Ruhe geradezu einer Zustimmung gleichkam. Weder hat die Kolonialpolitik für unsere überzählige Bevölkerung Luft geschaffen, noch sind durch sie die Ausfuhrgebiete erweitert worden; was unserer Industrie etwa als willkürlicher Vortheil zugewendet ist, wurde unseren Steuerzahlern vielfach genommen. Auch die Ueberproduktion hat eine Minderung erfahren; sie liegt in der ganzen wirtschaftlichen Organisation begründet. Man redet uns vor, Deutschland sei jetzt eine Weltmacht, nicht mehr bloß eine kontinentale Macht; es stehe neben, ja über England. England hat über diese Ueberzähligkeit gelacht, aber nur gelacht; man hat den Deutschen auf die Finger gesehen, und überall, wo der Deutsche seitdem hinkam, hat er Engländer sich gegenüber gefunden; alle Reisenden sind überzeugt, daß jetzt für die Deutschen in Afrika das ernstliche, ehrliche Vordringen der Forschung weit schwieriger geworden ist als früher, weil jetzt überall die Engländer im Wege sind und überall Annerzonen- und Klagenhilfsungelüste wittern. Daß die Kolonialpolitik nicht die daran geknüpften Hoffnungen erfüllen kann, erblickt am besten aus Englands Beispiel. Auch in England hat trotz der höchstentwickelten Kolonialpolitik die Ueberproduktion nicht aufgehört, auch dort bestehen genau die wirtschaftlichen Verhältnisse, über die wir bei uns klagen. Es wird gefragt, wie man überhaupt noch von Reaktion reden könne. Nun, ich verstehe unter Reaktion, daß man gegen den Willen des Volkes handelt, daß man die Freiheit unterdrückt. Bei uns aber sieht die größte Partei unter Ausnahmsgelegenheiten; sowie die Diätenfrage angeregt wird, unternimmt man Angriffe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht; die kürzlich vom Reichstag angestrebten Prozesse wegen der Parteidiäten bedeuten ebenfalls eine Herabwürdigung des Reichstags; in den einzelnen Abgeordneten hat man den Reichstag beleidigt. Ein Glück noch, daß man mit dem Chemnitz Sozialistenprozeß nicht erreicht hat, was man wollte, und daß das Gericht die Angeklagten freisprach; es wäre sonst der größte Fanatismus im Volke erregt worden, und Sie können Ihrem Schöpfer danken, daß das nicht geschehen ist. So macht die Reaktion überall ihre Vorstöße. Kürzlich hat die französische Kolonie in Berlin ihre Jubelfeier begangen; gleichzeitig hat aber — und mit vielem Recht — ein österreichisches Blatt die jetzt stattfindenden Ausweisungen aus Vosen und Neupreußen auf eine Stufe gestellt mit der Ausweisung der Franzosen nach Ausbeutung des Coctis von Nantes. Daß man Laufende ausweist ohne den Nachweis, daß Einer von ihnen

ein Verbrechen begangen hat, einfach wegen der politischen Nationalität, das heißt ein Verbrechen gegen die Humanität, gegen die moderne Bestimmung. Hier ist durch einen deutschen Staat eine That verübt, die uns vor dem Auslande geschändet hat. (Unruhe.) Man rechtfertigt diese That mit der Staatsraison. Damit kann man aber Alles rechtfertigen, wenn man sagt: l'état c'est moi; la raison c'est la raison d'état. Robespierre und Danton haben damit auch ihre Verbrechen gerechtfertigt. Ebenso kann der Anarchist diese Logik für sich anführen. Sie stellen sich damit auf den Boden der brutalen Gewalt. Dem muß der Reichstag entgegenreten, um so mehr, als ja gerade die Polen die eifrigsten Gegner des Panflavismus sind und damit eine viel bessere Garantie des Weltfriedens und der Sicherheit Deutschlands sind, als alle Kaiserbündnisse zusammengenommen. Als die Zusammenkunft in Siernewice stattfand, habe ich gleich gesagt: wenn jene Herren zufrieden sind, dann muß ich gleich Böses geschmiedet worden sein, und gleich darauf erfolgte der preukisch-russische Auslieferungsvertrag. Weil man sich von den Debatten in der Reichstagskammer fürchtet, stellt man sich jetzt auf den partikularistischen Standpunkt und läßt die Einzelstaaten Preußen, Bayern und die anderen vorgehen. Ist das nicht auch Reaktion? Deutschland ist jetzt der erste politische Staat, welcher die Grenze vermischt zwischen politischen und gemeinen Verbrechen, der erste, der einer so barbarischen Macht wie Rußland die Möglichkeit gegeben hat, gegen nichtlebige Untertanen, die nach Deutschland geschickt sind, vorzugehen. Wir haben Deutschland zur Vorstufe von Sklaverei gemacht. (Weiterkeit.) Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so haben wir niemals behauptet, daß die Kornpreise durch die Hölle bestimmt werden. Der Kornpreis hängt ab von der Konkurrenz des Auslandes. Jedemfalls ist die roßige Zukunft, welche von unseren Gegnern als Folge der Wirtschaftspolitik prophezeit wurde, nicht eingetreten; Sie aber wollen trotzdem nicht eingestehen, daß Sie sich nicht haben. Was dann die Sozialreform betrifft, so fällt einerseits der riesige Eifer auf, mit dem man vorstürmt bei der Sozialgesetzgebung, wo es sich darum handelt, die Taschen des armen Mannes zu leeren; andererseits die wunderbare Vorsicht, mit der man vorgeht auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung. Da wurde angekündigt, nicht bloß durch den Mund des Reichskanzlers, nicht bloß durch den Mund seines Untergeordneten, sogar durch den deutschen Kaiser in der kaiserlichen Botschaft, daß die Sozialreform fortan eine Hauptaufgabe der Deutschen Reiches sein solle, und man sagte, an der Spitze des Reiches solle Niemand deuteln dürfen. An der Spitze des Reichsprogramms stehe die Sozialreform. Was ist geschehen? Das bismarck'sche Krankenversicherungsgesetz, das bismarck'sche Unfallgesetz. Dazu hat der Staat seinen ganzen Apparat von reformatorischer Gesetzgebung in Bewegung setzen müssen, um diese kleinen Vorlagen annehmbar zu machen. Diese Vorlagen reichen nach keiner Richtung hin, sie sind eine dürftige Reform des Armenwesens, und auch die Altersversicherung würde nur eine solche sein. Die Hauptursache und die Grundlage einer jeden Sozialreform, das von uns vorgeschlagene Arbeiterschutzgesetz, haben Sie abgelehnt. Keine Sozialreform kann ohne ein solches Gesetz durchgeführt werden. Der Reichskanzler hat gegenüber dem Normalarbeitsrat sich so ablehnend verhalten, wie es auch die extremsten Vertreter der Freihandelspartei nicht mehr thun können. Der Grundgedanke einer Sozialreform muß sein, daß der Staat den Armen gegen die Ausbeutung durch den Reichen schütze; in der Richtung ist noch nichts geschehen. Auch sonst hat die Politik des Reichskanzlers nach keiner Richtung hin Segen gebracht; man hat im Jahre 1896 die demokratisch deutsche Frage durch die preukische Frage ersetzt und Österreich aus Deutschland hinausgeworfen; seitdem kann das Deutschthum in Österreich der slavischen Hochthat nicht mehr Stand halten, und es sehen die traurigen Deutschenverfolgungen in Österreich und die Unfähigkeit Österreichs, seine Mission im Osten zu erfüllen. Es wird immer von der friedlichen Mission Deutschlands gesprochen; trotzdem erließ die Norddeutsche Allgemeine neulich wieder einen kalten Wasserstrahl nach Frankreich, der dort viel böses Blut gemacht hat. Dem Unflug der ostfriesischen Presse sollte man doch wirklich entgegenreten; die Regierung muß doch offen erklären, was ihre Politik ist, und nicht alle Welt im Unklaren lassen darüber, ob Bismarck oder Bismarck spricht. Die ganze europäische „Friedenspolitik“ ist durch die Vorgänge am Balkan blamiert. Das Deutsche Reich sollte, wie man verstanden hat, Einigkeit, Frieden und Freiheit schaffen. Was ist aus der Einigkeit geworden? Die Hälfte aller Deutschen steht unter Ausnahmsgelegenheiten. Der Frieden ist nicht erhalten, das zeigt der Balkanhalbinsel; und wenn im Uebrigen Frieden in Europa herrscht, so ist das auch nicht das Verdienst der Politiker Deutschlands, sondern in Rußland ist es der Nihilismus, in Frankreich die Demokratie, was diese Länder an kriegerischem Vorgehen hindert hat. Die Freiheit ist aber erst recht nicht gekommen, sondern man bedrückt das Volk, man steigert den Militarismus; überall ist eingetreten, was wir vorausgesagt. Die Kulturkampf hat Fiasco gemacht, die Wirtschaftspolitik, die auswärtige Politik desgleichen; überall Fiasco! Fiasco (Weiterkeit.) Die Steuerherrschaft wird immer fester angezogen. Der Reichstag muß jetzt erklären: bis hierher und nicht weiter. Wir werden deshalb gegen das ganze Budget stimmen, wir dokumentieren damit, daß wir das ganze System des bestehenden Klassenstaats bekämpfen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident von Wedell-Piesdorf ruft an der Hand des inzwischen hergestellten Stenogramms den Abg. Liebnicht wegen der Aeußerung, daß Deutschland durch die Ausweisungen vor dem Auslande geschändet sei, zur Ordnung. Er könne es nicht dulden, daß die Majestät einer deutschen Bundesregierung in solcher Weise kränkt werde.

Von den Abgg. v. Benda, Gamp, v. Quene, v. Malpahn und Aert ist ein Antrag eingegangen: die Etats des württembergischen Amtes, der Marinewerwaltung, einzelne Kapitel des Etats des Reichsamtes des Innern, des Reichsjustizamtes, des Reichsjustizverwaltungsamtes, des Reichsjustizamtes, der Reichsjustizverwaltung, des Reichsjustizamtes, der Reichsjustizverwaltung, des allgemeinen Pensionsfonds, die sämtlichen Einnahmekapitel, das Extraordinarium, das Etats- und das Anleihegesetz an die Budgetkommission zu verweisen.

Um 4^{1/2} Uhr wird die weitere Berathung bis Mittwochs 12 Uhr vertagt. Außerdem erste Berathung des Reichsgesetzes.

ein Verbrechen begangen hat, einfach wegen der politischen Nationalität, das heißt ein Verbrechen gegen die Humanität, gegen die moderne Bestimmung. Hier ist durch einen deutschen Staat eine That verübt, die uns vor dem Auslande geschändet hat. (Unruhe.) Man rechtfertigt diese That mit der Staatsraison. Damit kann man aber Alles rechtfertigen, wenn man sagt: l'état c'est moi; la raison c'est la raison d'état. Robespierre und Danton haben damit auch ihre Verbrechen gerechtfertigt. Ebenso kann der Anarchist diese Logik für sich anführen. Sie stellen sich damit auf den Boden der brutalen Gewalt. Dem muß der Reichstag entgegenreten, um so mehr, als ja gerade die Polen die eifrigsten Gegner des Panflavismus sind und damit eine viel bessere Garantie des Weltfriedens und der Sicherheit Deutschlands sind, als alle Kaiserbündnisse zusammengenommen. Als die Zusammenkunft in Siernewice stattfand, habe ich gleich gesagt: wenn jene Herren zufrieden sind, dann muß ich gleich Böses geschmiedet worden sein, und gleich darauf erfolgte der preukisch-russische Auslieferungsvertrag. Weil man sich von den Debatten in der Reichstagskammer fürchtet, stellt man sich jetzt auf den partikularistischen Standpunkt und läßt die Einzelstaaten Preußen, Bayern und die anderen vorgehen. Ist das nicht auch Reaktion? Deutschland ist jetzt der erste politische Staat, welcher die Grenze vermischt zwischen politischen und gemeinen Verbrechen, der erste, der einer so barbarischen Macht wie Rußland die Möglichkeit gegeben hat, gegen nichtlebige Untertanen, die nach Deutschland geschickt sind, vorzugehen. Wir haben Deutschland zur Vorstufe von Sklaverei gemacht. (Weiterkeit.) Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so haben wir niemals behauptet, daß die Kornpreise durch die Hölle bestimmt werden. Der Kornpreis hängt ab von der Konkurrenz des Auslandes. Jedemfalls ist die roßige Zukunft, welche von unseren Gegnern als Folge der Wirtschaftspolitik prophezeit wurde, nicht eingetreten; Sie aber wollen trotzdem nicht eingestehen, daß Sie sich nicht haben. Was dann die Sozialreform betrifft, so fällt einerseits der riesige Eifer auf, mit dem man vorstürmt bei der Sozialgesetzgebung, wo es sich darum handelt, die Taschen des armen Mannes zu leeren; andererseits die wunderbare Vorsicht, mit der man vorgeht auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung. Da wurde angekündigt, nicht bloß durch den Mund des Reichskanzlers, nicht bloß durch den Mund seines Untergeordneten, sogar durch den deutschen Kaiser in der kaiserlichen Botschaft, daß die Sozialreform fortan eine Hauptaufgabe der Deutschen Reiches sein solle, und man sagte, an der Spitze des Reiches solle Niemand deuteln dürfen. An der Spitze des Reichsprogramms stehe die Sozialreform. Was ist geschehen? Das bismarck'sche Krankenversicherungsgesetz, das bismarck'sche Unfallgesetz. Dazu hat der Staat seinen ganzen Apparat von reformatorischer Gesetzgebung in Bewegung setzen müssen, um diese kleinen Vorlagen annehmbar zu machen. Diese Vorlagen reichen nach keiner Richtung hin, sie sind eine dürftige Reform des Armenwesens, und auch die Altersversicherung würde nur eine solche sein. Die Hauptursache und die Grundlage einer jeden Sozialreform, das von uns vorgeschlagene Arbeiterschutzgesetz, haben Sie abgelehnt. Keine Sozialreform kann ohne ein solches Gesetz durchgeführt werden. Der Reichskanzler hat gegenüber dem Normalarbeitsrat sich so ablehnend verhalten, wie es auch die extremsten Vertreter der Freihandelspartei nicht mehr thun können. Der Grundgedanke einer Sozialreform muß sein, daß der Staat den Armen gegen die Ausbeutung durch den Reichen schütze; in der Richtung ist noch nichts geschehen. Auch sonst hat die Politik des Reichskanzlers nach keiner Richtung hin Segen gebracht; man hat im Jahre 1896 die demokratisch deutsche Frage durch die preukische Frage ersetzt und Österreich aus Deutschland hinausgeworfen; seitdem kann das Deutschthum in Österreich der slavischen Hochthat nicht mehr Stand halten, und es sehen die traurigen Deutschenverfolgungen in Österreich und die Unfähigkeit Österreichs, seine Mission im Osten zu erfüllen. Es wird immer von der friedlichen Mission Deutschlands gesprochen; trotzdem erließ die Norddeutsche Allgemeine neulich wieder einen kalten Wasserstrahl nach Frankreich, der dort viel böses Blut gemacht hat. Dem Unflug der ostfriesischen Presse sollte man doch wirklich entgegenreten; die Regierung muß doch offen erklären, was ihre Politik ist, und nicht alle Welt im Unklaren lassen darüber, ob Bismarck oder Bismarck spricht. Die ganze europäische „Friedenspolitik“ ist durch die Vorgänge am Balkan blamiert. Das Deutsche Reich sollte, wie man verstanden hat, Einigkeit, Frieden und Freiheit schaffen. Was ist aus der Einigkeit geworden? Die Hälfte aller Deutschen steht unter Ausnahmsgelegenheiten. Der Frieden ist nicht erhalten, das zeigt der Balkanhalbinsel; und wenn im Uebrigen Frieden in Europa herrscht, so ist das auch nicht das Verdienst der Politiker Deutschlands, sondern in Rußland ist es der Nihilismus, in Frankreich die Demokratie, was diese Länder an kriegerischem Vorgehen hindert hat. Die Freiheit ist aber erst recht nicht gekommen, sondern man bedrückt das Volk, man steigert den Militarismus; überall ist eingetreten, was wir vorausgesagt. Die Kulturkampf hat Fiasco gemacht, die Wirtschaftspolitik, die auswärtige Politik desgleichen; überall Fiasco! Fiasco (Weiterkeit.) Die Steuerherrschaft wird immer fester angezogen. Der Reichstag muß jetzt erklären: bis hierher und nicht weiter. Wir werden deshalb gegen das ganze Budget stimmen, wir dokumentieren damit, daß wir das ganze System des bestehenden Klassenstaats bekämpfen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Studium der in größeren Städten erscheinenden Annoncenblätter zeigt dem Leser sehr oft recht deutlich die Schattenseiten unserer heutigen wirtschaftlichen Produktionsweise. Nichts kann eindringlicher reden, nichts die Verhältnisse der heutigen Zustände besser zeigen, als jene Masse Anzeigen, durch welche beschäftigungslose Personen, oft unter jeder Zwangung, um Arbeit bitten, wo die durch bittere Noth dazu gezwungen, um Unterstützung sich an ihre Mitmenschen wenden. Recht gehandelt würde es nun sein, wenn die Personen, welche sich bei diesen Zuständen wohl und zufrieden befinden, die in bevorzugteren Stellungen befindlich, Alles daran setzen zu lassen wünschen, sich helfend jener Menschen, die unter diesen Zuständen leiden, annehmen und nach besten Kräften versuchen würden, wieder etwas gut zu machen, was sie oft eigener Vortheile wegen bisher unterlassen, aber vergebens dürfte man wohl nach

Lokales.

möglichen Zeiten, selbst von Kellnern und Diensten? — Angell.: Ich war in augenblicklicher Verlegenheit. — Präf.: Von Ihrer Rente, die sich jährlich auf mindestens 1500 Mark belief, hätten Sie als einzelne Dame doch sehr gut leben können. Wenn Sie jedoch alle möglichen Goldsachen kauften, kostspielige Reisen unternahmen u. s. w. dann konnten Sie allerdings nicht auskommen? — Angell.: Die Goldsachen waren nicht alle für mich. — Präf.: Für wen waren sie noch? — Angell.: Ich will den Namen der betreffenden Dame nicht nennen, da dieselbe jetzt verheiratet ist. — Präf.: Sie haben außer den entnommenen Darlehen unaufhörliche Reisen unternommen, in den verschiedensten Hotels gewohnt und sind dann immer, nachdem sie den Geschäftsleuten ohne Bezahlung Waaren entnahmen, plötzlich verschwunden, ohne auch nur die Hotelrechnung zu bezahlen? — Angell.: Ich glaubte immer, ich werde Gelder erhalten. — Präf.: Das scheint doch nicht ganz richtig zu sein, als Sie in Köln im Hotel Veinelder anlangten, befah sich ein Kellner Ihre Koffer und sah, daß sie zum Teil leer waren? — Angell.: Das ist wahr, ich glaubte aber Geld zu erhalten. — Präf.: Im Sommer 1883 waren Sie in München und wurden dort ausgemessen? — Angell.: Das ist nicht wahr. — Präf.: Die Alten besagen es aber? — Angell.: Der italienische Minister-Resident sagte mir, es sei besser, wenn ich München verlasse. — Präf.: Das ist doch nichts weiter als eine feine Ausweisung? — Angell.: Schweigt. — Präf.: Sie sind nun Jahre lang in Köln, München, Wachen, Baderborn, Berlin u. s. w. umhergerast und haben eine Schuld praeter propter 25 000 Mark gemacht und gaben stets vor, großes Vermögen zu besitzen? — Angell.: Das letztere habe ich nicht gelien. — Präf.: Jedenfalls war Ihre Handlungsweise nicht hübsch, denn Sie mußten doch wissen, daß Sie schließlich all die Schulden nicht bezahlen konnten? — Angell.: Ich gebe zu, daß meine Handlungsweise nicht ganz recht war, ich glaube jedoch noch immer, bezahlen zu können. — Präf.: Sie wohnten hier in Berlin in Bernikow's Hotel und im Fürstenhof? — Angell.: Ja. — Präf.: Wo wurden Sie verhaftet? — Angell.: Hier in Berlin auf der Straße. — Das Inquisitionarium ist damit beendet und es wird in die Beweisnahme eingetreten. Der erste Zeuge ist der Besitzer des hiesigen Hotel „Fürstenhof“, Holzinger: Die Angestellte logierte längere Zeit bei mir und lebte überaus opulent. Ganz besonders wurde sie luxuriös, als eine junge Dame, Namens Marie Müller, sich als Gesellschaftlerin zu ihr gesellte. Obwohl die Rechnungen von mir eine geradezu schwindelhaft hohe erreichten, schenkte ich der Angestellten mit Rücksicht auf ihren Namen, ihr gesamtes Aussehen, ganz besonders aber deshalb Vertrauen, da sie mir nicht nur sagte, sie beziehe aus Italien große Revenuen, sondern sie bat mich einmal, eine Depesche an einen gewissen Luciano nach Mailand zu senden. In Folge dieses Telegramms erhielt sie in wenigen Tagen 5000 Mark gesandt. Allein die Rechnung wurde schließlich so hoch, daß meiner Frau zur Zeit, als ich gerade im Bade war, die Sache doch zu bedenklich schien. Meine Frau verbot der Müller schließlich das Haus, da anlässlich der Müller die Angestellte in so opulenter Weise lebte. Ich habe schließlich bei der Angestellten 1900 Mark verloren. — Es wird alsdann die kommissarische Aussage des Oberkellners Reichler verlesen. Dieser konditionierte zur Zeit in Bernikow's Hotel hieselbst und hat der Angestellten, da sie vorgab, großes Vermögen zu besitzen, 300 Mark und auf seine Veranlassung auch ein in demselben Hotel dienendes Stubenmädchen dieselbe Summe geliehen; das Geld haben sie beide nicht mehr zurück erhalten. — Präf.: Weshalb machten Sie derartige Anleihen? — Angell.: Ich glaubte immer, Geld zu erhalten und dasselbe zurückzugeben zu können. — Präf.: Ja, sie glaubten das, das hat doch aber eine gewisse Grenze? Und wozu brauchten Sie so viel Geld, so daß Sie Kellner, Hausdiener, Stubenmädchen, Diensten u. s. anpumpten? — Angell.: Ich war in Verlegenheit. — Präsident: Sie hätten doch aber etwas einfacher leben können. Wenn man im Saal und Haus lebt und sich das Geld dazu von armen Stubenmädchen, Hausdienern u. s. w. leiht, ohne genau zu wissen, ob man dasselbe wird zurückzahlen können, so nennt man das einfach nach unserem Sprachgebrauch Schwindel. — Die Angestellte schweigt. — Parlamentarier Schachler: Ich lieb der Angestellten, als sie im Jahre 1883 im Westend Hotel hieselbst wohnte, nach und nach 1700 Mark, ohne von dem Gelde jemals etwas zurück zu erhalten. Die Angestellte gab vor, ein sehr großes Vermögen zu besitzen. — Dienstmann Ritter: Ich wurde von der Angestellten mehrere Monate hindurch beschäftigt und habe für meine Dienstleistungen und einige Auslagen ca. 90 Mark von der Angestellten erhalten. — Kaufmann Hoffmann: Ich lernte die Angestellte durch Frau Schachler kennen und da erstere mir versicherte, daß sie eine jährliche Rente von 25 000 Mark besitze, so ließ ich ihr nach und nach 6700 Mark. Als ich sie um Rückgabe ersuchte, machte sie allerhand Ausflüchte, wie: ihr Anwalt habe ihr 8000, anstatt 18 000 Mark gesandt, da die italienische Rente zu niedrig sei und daß sie deshalb nicht verkaufen wolle. Einmal sagte sie mir: Im deutschen Bundesrathe sei ein sehr hoher Beamter, der in der Nähe von Berlin ein Gut besitze. Dieser, der jetzt verheiratet sei, sei ihr Bräutigam gewesen, der ihr für sein nicht eingelöstes Eheversprechen 30 000 Mark zu zahlen habe. Der Bundesrathe sei jedoch jetzt geschlossen, so daß sie augenblicklich das Geld nicht erhalten könne. Als ich einige Tage darauf wiederum in ihrer in der Pohnhofstraße belegenen Wohnung nachfragte, wurde mir der Bescheid, daß sie nach England abgereist sei. — Auf Befragen des Präsidenten bemerkt die Angestellte, sie wolle den betreffenden Herrn aus dem Bundesrathe nicht nennen; sie habe im Uebrigen den italienischen und nicht den deutschen Bundesrathe gemeint. — Der Zeuge bleibt bei seiner Behauptung. — Wäscherin Dumat: Ich habe für die Angestellte mehrere Monate gewaschen und ihr während dieser Zeit 200 Mark geliehen, da sie mir versicherte, ein sehr bedeutendes Vermögen zu besitzen. Einschließlich des mir schuldig gebliebenen Waschgeldes schuldet mir die Angestellte 350 Mark. — Es gelangen hieauf mehrere kommissarische Vernehmungen zur Verlesung. Der Advokat Rigoletto und Ministerial Rath Kottrian (Rom) bekannten übereinstimmend: Die Angestellte habe allerdings 100 000 Lire von ihrem Vater als Erbschaft erhalten, etwas Weiteres hatte sie jedoch nicht zu erwarten, da in der letzten Zeit die Valina des alten Marjo bedeutend größer waren als die Aktiva. Es sei jedoch möglich, daß die Angestellte immer noch geglaubt hat, sie werde von ihrem Vater noch einmal so viel erhalten, um alle Schulden decken zu können. Ministerial-Rath Kottrian hat ihr geschrieben: sie habe von ihrem Vater nichts mehr zu erwarten, sie habe ihm jedoch geantwortet, sie könne nicht glauben, daß ihr Vater so schlecht gewirtschaftet habe. — Hier tritt eine kurze Pause ein.

Vereine und Versammlungen.

Die vom „Deutschen Kulturbund“ am 23. d. M. nach den Grundsätzen der Berliner eiderfene Versammlung war besonders von Herrn Rall besucht. Gegen 8 1/2 Uhr eröffnete Frau Dr. Hofmann die Versammlung und ließ zunächst ein Bureau wählen. Die vorgelegenen Damen waren Frau von Kienenthal und Fr. Rüber (die erste Vorsitzende und erste Schriftführerin des Kulturbundes); sie wurden einstimmig gewählt. Nachdem die Vorsitzende einige erklärende und einleitende Worte über Zweck und Ziele des Kulturbundes gesagt, ertheilte sie der Referentin Frau Dr. Hofmann das Wort zu ihrem Vortrage. Rednerin verlas zunächst die vom Verein in Umlauf gesetzte Petition, deren Inhalt folgender ist: „An den Hohen Reichstag wenden wir uns mit der Bitte,

die staatliche Regulierung der Prostitution (die bestehende Einrichtung der Sittenpolizei) abzuheben und durch ein regelmäßiges Gerichtsverfahren ersetzen zu wollen, weil dieselbe weder mit den gesetzlich anerkannten Rechten und Freiheiten der Staatsbürger, noch mit dem Sittengesetz vereinbar ist. Einerseits wird die mittellose Frau durch dieselbe außerhalb des Gesetzes gestellt und der unumschränkten Willkür der Polizei preisgegeben; andererseits werden dadurch die sittlichen Ausschreitungen von Mann und Frau gesetzlich genehmigt und geordnet.“ Anknüpfend an Vorstehendes schilderte Rednerin eingehend, auf wie veralteten Anschauungen die Einrichtungen der „Sittenkontrolle“ beruhen, sie erscheinen fast wie ein Ueberbleibsel der Sklaverei, wenn man hört, daß der Körper der gefallenen Mädchen wie ein Werkzeug von Andern gegen ihren Willen in Ordnung gehalten wird. Wer je einen tieferen Blick in diese Zustände warf, der mühte dem Kampf um das Recht der Frau sich anzuschließen. Ist genug ist schon von den Ärzten betont worden, daß die jetzt bestehende Einrichtung der „Sittenkontrolle“ durchaus keinen Schutz betreffs der Gesundheit bietet; eine Zwangsuntersuchung hat höchstens den Erfolg, den Mädchen den letzten Rest der Scham zu nehmen und die Gefallenen der Arme des Lasters einzureihen. Der Bürgermeister von Kolmar, Herr Schlumberger, hat durch Abschaffung jener Einrichtung gezeigt, daß die Gesetze für die öffentliche Ordnung auch hierfür ausreichend sind. Der wirtschaftliche Schaden, den die bestehenden Einrichtungen herbeiführen, ist nicht zu übersehen; diesen haben die sittenreinen Arbeiterinnen zu tragen, welche, wenn sie über die zu niedrigen Löhne klagen, von den Geschäftsinhabern auf gewissen Nebenwegen mehr oder weniger verblümt hingewiesen werden. Es ist wohl in allen anderen Fällen strafbar, die Rucht seiner Mitmenschen auszubeuten, und heißt es nicht der Humanität einen Schlag ins Gesicht versetzen, wenn man gefallene Mädchen zur Ehrlosigkeit verurtheilt? Zum Schluß hat Rednerin nochmals um rege Unterstützung ihrer Agitation. Die Diskussion wurde eröffnet. Ein Herr Heller erklärte, daß er dem allgemeinen Beifall nur bestimmen könne; doch, meint er, der Staat allein wäre nicht im Stande, hier Abhilfe zu schaffen. Es müßte zuerst eine Aenderung der sozialen Verhältnisse herbeigeführt werden; die Hälfte der Prostituirten gingen aus Noth und Elend jenem schimpflichen Erwerbe nach; wie wäre es auch möglich, daß eine Arbeiterin bei einem Lohne von 1,75 M. für 1 Dg. Oberbenden ihre Bedürfnisse in anständiger Weise befriedigen könne. Hier wäre es nöthig, daß alle mit Hand anlegten und nach Kräften eine Aenderung der thatsächlichen Verhältnisse anstrebten. Dagegen bei diesen Versammlungen sonst stets von Seiten der Herren eine Diskussion gewünscht wurde, meldete sich Niemand mehr zum Wort und erfolgte der Schluß der Versammlung daher bereits gegen 9 1/2 Uhr.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Korbmacher Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 22. d. M., im Lokale des Herrn Otto, Adalbertstraße 21, unter dem Voritze des Herrn Carl, seine Versammlung ab. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung, Bericht über die Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung, berichtete Herr Steinrade über die von Seiten des Gefellen-Ausschusses entrichtete Lohnbewegung, indem derselbe ausführte, daß sich die Meister in der am 16. d. M. stattgehabten Versammlung von Arbeitgebern mit der Erhöhung des bisherigen Tarifs um 10 pCt. einverstanden erklärt, und ein großer Theil derselben sich durch Namensunterschrift zur Zahlung der Mehrforderung verpflichtet haben. In der darauf folgenden Diskussion bezweifelten mehrere Redner den Erfolg dieser Lohnbewegung, da unter dem verhältnismäßig nur geringen Theil von Arbeitgebern, die sich zur Zahlung der Mehrforderung verpflichtet haben, noch verschiedene sind, welche überhaupt gar keine Gefellen beschäftigen. Die vorwiegende Meinung ging schließlich dahin, daß, wenn durch diese Bewegung Erfolge auch nicht erzielt worden sind, sie die Interessen der Gefellen auch nicht schädigen kann. Alsdann nahm der inswischen in der Versammlung erschienene Herr Dr. Lütgenau das Wort. Die Versammlung beschloß sodann, die Dezemberversammlung des naben Weihnachtsfestes wegen ausfallen zu lassen. Das Arbeitsnachweisbureau befindet sich jetzt bei Herrn Friedrich Jungnickel, Wienerstraße 11.

Eine öffentliche Risten- und Koffermacher-Versammlung tagte am Sonntag, den 22. d. Mts., in Wohlhaupt's Salon, Mantuffelstr. 9, in welcher Herr Michelsen als ersten Punkt der Tagesordnung einen Vortrag über die feindlichen Tendenzen der Gesellschaft hielt. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Wahmann, Veitnich und Paschel. Es wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung der Risten- und Koffermacher erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, im Sinne seiner Ausführungen zu agitieren. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beantragt, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Dampfpreistarifs zu wählen. Nach langen Erörterungen wurde jedoch die Wahl auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt. Zuletzt wurde noch von Herrn Schernig als Kommissionsmitglied ein Brief von Hamburg, beziehentlich der Streikunterstützung verlesen, woraus hervorging, daß die Beziehungen zu den Hamburger Ristenmacher als durchaus vorzüglich zu betrachten sind.

Im Allgemeinen Arbeiterverein zu Friedrichshagen hielt am Sonnabend, den 21. November, Herr Regierungsbaumeister Rehter einen Vortrag über die Ursache der schlechten Lage der arbeitenden Bevölkerung. Redner wies nach, daß es hauptsächlich nur die Bedürfnislosigkeit des Arbeiters ist, welche Schuld hat, daß seine Lage eine so traurige ist. Den Beweis haben wir z. B. durch die Chinesen, welche in America eingewandert sind, und durch ihre Bedürfnislosigkeit für jeden Preis arbeiten konnten, wodurch sie die Löhne derartig herunter gebracht haben, daß sich die Regierung genöthigt sah, ein Antichinesen Gesetz zu erlassen, nach welchem nunmehr die Einwanderung der Chinesen in Nord-America verboten ist. Derselbe Gedanke haben wir in Deutschland durch die anspruchlosen Polen. Der Kapitalist giebt nur so viel vom Verdienst ab, als der Arbeiter zur Befriedigung der nöthigsten Bedürfnisse braucht. So war es schon in der alten Zeit, sowie im Mittelalter. Als sich unter den Handwerkern die Zünfte bildeten, da war es unter den eigentlichen Junggefallen etwas besser, denn dieselben waren schon von der aufsteigenden Kultur etwas beledt, und machten demnach auch mehr Ansprüche. Doch genossen verhältnismäßig nur sehr Wenige die Vortheile der Zunngen, bei der großen Masse der Arbeiter blieb Alles beim Alten. Dann kam die Zeit der Dampfmaschine. Diese wurde schon im Anfang ihrer Entwicklung, nicht etwa zum Wohle des Arbeiters, sondern nur zum Vortheile des Kapitalisten benützt, und fand in dieser Hinsicht immer mehr Verbreitung. Sodann erklärte Redner, daß es die heiligste Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich um alle Fortschritte der Kultur zu kümmern. Man müsse sich zu vereinen suchen, nur in der Vereinigung fände man die nöthige Bildung; je mehr Bildung, desto mehr Bedürfnisse, und je mehr Bedürfnisse, desto eher kann eine Reform erreicht werden. Man werfe daher den Indifferentismus von sich und theilweise sich an einer Arbeiter-Vereinigung, denn nur dadurch kann man zum Ziele gelangen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seinen lehrreichen und allgemein verständlichen Vortrag. Im Verlauf der Diskussion legte der Vorsitzende es den Anwesenden nochmals ans Herz, über das eben Gehörte nachzudenken. Jeder müsse nach seinen Kräften in diesem Sinne wirken. Sodann wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt und schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 1/2 Uhr.

Verein Berliner Mechaniker. Donnerstag, den 26. November, Abends 8 1/2 Uhr, Sitzung im großen Saale des Restaurant W. Mend, Alte Jakobstr. 123. Vortrag des Herrn Reichmeister Ad. Baumann über die verschiedenen Konstruktionen der Gasmesser unter Vorführung von Modellen. Um persönliches Erscheinen wird gebeten. Gäste willkommen.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. Die Zehnstellige Wilms- und Frodenstrassen-Gasse ist nach der Hloftwellstr. Nr. 5 bei Baum verlegt.

Eine öffentliche Versammlung der Zigarrensortiren, Zigarrenfortirerinnen und Zigarrenarbeiter, welche am 23. d. M. nach dem Siemund'schen Lokale, Linienstraße 8, einberufen worden war, wurde des mangelhaften Besuchs wegen ausgesetzt und auf einen anderen Tag verschoben.

Die freireligiöse Gemeinde veranstaltet auch in diesem Winter mehrere Abendvorträge, wozu Damen und Herren freien Zutritt haben. Dieselben werden wie in früherer Weise und auch wieder im Louisenstädtischen Konzertsaale, Alte Jakobstraße 37, Abends 8 1/2 stattfinden. Donnerstag, den 26. November, spricht daselbst Herr Schäfer über die Nothwendigkeit der Religion als Schutz für die menschliche Gesellschaft.

Generalversammlung der Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlins und Umgegend Sonntag, den 23. Novembermittags 10 1/2 Uhr, im Balsensaal, Neue Schönhauserstraße. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Metallarbeiters, zu erscheinen.

An die Metallschrauben-Fabrikanten und Berufsgenossen Berlins richten wir die dringende Aufforderung, dem Juyuz zu der Fabrik des Herrn Stelzner, Reichthorstr. 23, fern zuhalten. Die Arbeiter der genannten Fabrik sind in Folge der dort herrschenden Zustände gezwungen, sich ihre Rechte in dieser Weise zu wahren.

Vermischtes.

Bier, das beste Volksgetränk. Was ist Bier? Bier ist das längst bekannte, nährende und erquickende geistige Getränk, das durch künstliche Bereitung mittels weiniger Gährung aus stärkehaltigen Stoffen und Hopfen bereitet wird. Seine Hauptbestandtheile sind: Wasser, Dextrin (Summi), Kleber, Kohlenhydrate, Weingeist und Hopfen-Extrakt. Darum ist ein gut gebrautes, richtig gohrenes, abgelagertes und vollständig klares Bier ein so gesundheitsvollkommenes, zuträgliches, durststillendes, nährendes und stärkendes Getränk. Das Wasser darin löst den Dextrin-Weingeist erregt und erheitert, das Malzextrakt nähert die Kohlenhydrate erfrischt, der Bitterstoff des Hopfens magenstärkend und verdauungsfördernd. Die schleimigen Bestandtheile wie Dextrin und Kleber sind blut- und muskelbildende Stoffe.

Also der Gehalt des Bieres an untrüben blauen und muskelbildenden Stoffen, ähnlich wie beim Brode, sowie seine durststillende und erquickende Eigenschaft sind Eigenschaften, welche es geeignet machen, als ein vollkommen gesundes, zuträgliches Volksgetränk, als das flüssige Brod des Volkes zu gelten und eine immer weitere Verbreitung zu finden. Feststehend ist die Thatsache, daß in vielen Ländern das Bier längst schon zu den unentbehrlichen Nahrungsmitteln gehört.

Und das Bier als Volksgetränk macht ein so wichtiges Element in der Kulturentwicklung des Menschengeschlechts, daß kein Mensch, der gesunden Verstand hat, seiner Nahrung hinderlich sein wird. Das Bier hat bei den Germanen stets eine große Rolle gespielt und ihnen jene Kraft verliehen, welche sie auf so mancher Wühlstatt räumlichsthethätigten.

Der englische und der deutsche Arbeiter, welchen das Bier geradezu unentbehrlich ist, leisten Erstaunliches. Das Bier, nach einer Verbesserung seines Zustandes und nach Genuss im Menschen kräftig entwickelt und zwar zu seinem Besten, denn das ist es gerade, was ihn anspricht, sich körperlich zu heben, und dies ist wiederum ein notwendiger Begleiter des Fortschrittes.

Die Neigung zu aufbehaltenen Stimulantien ist nur eine Folge dieses Verlangens. Als solche beansprucht und findet sie Anerkennung in unseren Gewohnheiten, und der mäßige Genuss alkoholischer Getränke — insbesondere des Bieres — ist durch gesellschaftlichen Gebrauch gutgeheißener, sich soweit erstreckt, wie die Kultur selbst, und unter allen Klassen, gleichviel, welches ihr Stand und ihre Lebensstellung sei.

Das Bier aber ist auch in physiologischer Beziehung ein hohem Werthe. Ein gut abgelagertes Bier giebt mit mäßigem Fleisch und wenig Brod genossen eine der Milch, mit Fleisch eine dem Reis in Beziehung auf das Verhältniß der stoffreichen und stickstoffhaltigen Bestandtheile ähnliche Mischung. Dabei befindet sich das Bier bereits in jener Form, von den Verdauungsorganen leicht assimilirt und seiner Zusammensetzung nach zur Aufnahme geeignet. Das Bier wird daher nicht so sehr durch die Menge seiner Bestandtheile, vielmehr durch deren rasche Verarbeitung und entsprechende Verwendung im menschlichen Organismus einen unbestritten hohen Werth. Nach Rante beruht die Nährhaftigkeit des Bieres vorzugsweise auf dem reichlichen Vorhandensein von Salze, die es zu einem der besten Surrogate für Fleisch machen. Die meisten charakteristischen Bestandtheile des Bieres extrahirt finden sich auch im Hiere vor. So der Gehalt von phosphorreichem Kali, wovon ein Liter Bier in hundert Theilen der Asche eines gewöhnlichen Bieres zwanzig Theile vorgefunden hat. Und dieses Salz macht bekanntlich den bedeutendsten aktiven Bestandtheil des Fleischaus. Dieses Salz ist aber die werthvolle Ursache, von welcher jene Belebung der Nerven herrührt, die man dem dem Genuße des Bieres empfindet, und dies Salz macht es, daß das Bier während der Rekonvaleszenz und in allen Fällen der allgemeinen Schwäche so überaus kräftigend wirkt.

Aus Allem ergiebt sich, daß das Bier, mäßig genossen, das beste Volksgetränk ist und in dieser Richtung von keinem anderen Getränk übertroffen oder nur erreicht wird, da es einen Eigenschaft besitzt, welche in ihrer Vereinigung einen so wohlthätigen Einfluß auf den menschlichen Organismus ausüben. Es wird die Zeit kommen und vielleicht ist sie nicht mehr so fern, wo der volle Werth des Bieres als Volksgetränk allgemein anerkannt und von den Regierungen wie von den städtischen Körperschaften bei ihrer Steuerpolitik voll gewürdigt werden wird.

Rufberedre, 19. November. Auf schreckliche Weise krankte sich, nach der „B. Bz.“, der Rechnungsführer des Reichs-„Bödnir“ ums Leben. Durch falsche Spekulation dazu erkrankend, unterschlug er Krankengelder. Am vorigen Mittwoch theilte er dem Direktor seine Lage mit, auch zugleich, daß er nicht mehr unter den Lebenden sei. Kurz darauf sprach er in den abgehenden Hochöfen.

Schlagerfertig. Zwei Becken treten in eine Kondition, in welcher ein Herr, den sie für den Kellner halten, vor dem Spiegel steht. „Zwei Bindbeutel!“ befehlt der Eine dem barischen Lohne. — „Sehr angenehm“, erwidert Jener, „mein Name ist Waldow!“

Briefkasten der Redaktion.

B. S. 17. In nächster Nummer. Das B. Wir können leider keinen Gebrauch machen.